

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf., vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteilung täglich außer Montagen.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheulten Kolonialteile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besondere-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (fortgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1985.

Dienstag, den 12. Februar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Lehren der Reichstagswahl.

II.

Einen breiten Raum in den Wahlbetrachtungen nimmt die Erörterung der Frage ein, warum uns diesmal wohl Hunderttausende von „Mitläufern“ verlassen haben. Wir sahen, daß auch Kautsky die Frage aufwarf. Er beantwortete sie durch Aufzählung einer langen Reihe von Momenten, die in der Tat geeignet waren, den Abfall mancher Elemente des kleinen bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstandes zu erklären. Und aus diesen Schichten stammte doch zweifellos die große Mehrheit der „Mitläufer“. Unseres Erachtens über-treibt Genosse Bernstein außerordentlich, wenn er sagt:

„Kurz, der Rimbuss, das heißt das geistige Ansehen der Partei, ist durchaus keine gleichgültige Sache. Bis vor wenigen Jahren war er in Deutschland außerordentlich groß. Die Jugend aller Bevölkerungsklassen strömte förmlich der Partei zu.“

Wir haben von dem förmlichen Zustrom der Jugend aller Bevölkerungsklassen zur Sozialdemokratie sehr wenig wahrnehmen können. Die akademische Jugend, die deutsche Studentenschaft, stand bis auf wenige Ausnahmen der Sozialdemokratie vor zehn und fünfzehn Jahren ebenso teilnahmslos, wie nicht direkt feindlich gegenüber wie heute. Nicht nur an den kleineren Universitäten, sondern auch selbst in Berlin. Eine Handvoll Akademiker schloß sich allerdings der Partei an, ein Teil davon aber auch nur, um nach dem Abklingen einer kürzeren oder längeren Gastrolle wieder seine eigenen Wege zu gehen. Auch die Zahl der Künstler, der Ärzte, der Ingenieure, der Lehrer usw., die mit der Partei Fühlung suchten, ist niemals eine allzu bedeutende gewesen. Möglich, daß uns der Kampf um die Lex Heinze vorübergehend ein paar tausend „Intellektueller“ als Mitläufer zugeführt hat. Für das Stimmwachstum aber sind diese Schichten niemals als wesentlicher Faktor in Frage gekommen. Obendrein möchten wir es nach unseren Wahrnehmungen während des Wahlkampfes recht sehr bezweifeln, daß diejenigen Angehörigen der sog. liberalen Berufe, die sich jemals wirklich als Sozialisten gefühlt haben, nunmehr der Partei untreu geworden sein sollten. Mannigfache Zuschriften lassen uns gerade das Gegenteil annehmen!

Ein Artikel, der zwischen Hauptwahl und Stichwahl von zahlreichen Parteiblättern abgedruckt wurde, enthielt folgende Stelle:

„Entweder betrachten wir die Zunahme unserer Wähler als Zeichen unserer wachsenden Macht, dann dürfen wir auch unsere Mitläufer nicht als Wähler zweiter Klasse ansehen, und müssen in der Vermindeung oder dem Stillstand unserer Wählermassen eine unerfreuliche Erscheinung sehen. Oder aber wir rechnen unsere Macht nach dem etwas unklaren und unsicheren Begriff der Überlänglichkeit unserer Wähler im Sinne vollständiger sozialistischer Durchbildung, dann können wir niemals über Siege triumphieren, wenn uns das Wahlgeld neue Hunderttausende zuführt. Aber es ist nicht wahr, daß für eine oppositionelle Partei, die gegen die Regierungsgewalt und alle bürgerlichen Parteien im entscheidendsten Kampfe steht, die von den herrschenden Personen und Klassen verfolgt, gequält, geächtet wird — es ist, sagen wir, nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern der zuverlässigsten Beweis der moralischen Stärke einer solchen Partei, wenn sie trotz der Verleumdungen und Verfolgungen über die eigentlichen Kreise ihrer Klassengenossen hinauswirkt, und „Mitläufer“ anzieht. Gerade diese Mitläufer sind für eine revolutionäre Partei das deutlichste Kennzeichen ihrer geistigen Überlegenheit, ihrer sittlichen Kraft, ihrer klugen Politik, ihrer entschlossenen Tatkraft und ihres geschichtlichen Rechts. Wäre es wahr, daß wir heute keine Gewalt über die Mitläufer haben, so wäre das nur eine Mahnung, zwar nicht müßige Betrachtungen darüber anzustellen, ob wir in der Vergangenheit Fehler begangen haben, ob wir das Maß von Schlagkraft immer entwickelt haben, deren eine große politische Partei in der Opposition bedarf, aber doch für die Zukunft in gesteigerter Arbeit mit leidenschaftlicher Energie und weitblickender Ueberlegung die Aufgaben der großen weltgeschichtlichen Kulturpartei zu erfüllen, welche die Sozialdemokratie bleibt trotz allen Schwankungen des Wahlgelds, und in der sie ihr einziges Existenzrecht hat.“

Diese Auffassung wäre richtig, wenn die „Mitläufer“ aus lauter ökonomisch uninteressierten Elementen beständen oder doch wenigstens aus Kreisen, bei denen moralische Erwägungen stärker wären, als das jeweilige, sei es zuweilen auch nur vermeintliche ökonomische Interesse.

Die Mitläufer der Sozialdemokratie aber rekrutierten sich in ihrer weitaus übergroßen Zahl eben nicht aus solchen Kreisen, sondern aus Teilen des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mittelstandes, bei dem, was ja menschlich nur zu begreiflich ist, das materielle Interesse in politischen Dingen den Ausschlag gibt. Was aber für das Proletariat aufreizend wirkte, die Fleischsteuerung, söhnte gerade unsere kleinbäuerlichen Wähler von ehemals zum Teil mit dem herrschenden Regime aus; ebenso fühlten sich manche Kleinhandwerker durch die Lohnbewegungen der Gewerkschaften, manche kleine Geschäftsleute durch das Wachstum der Konsumereine von der Sozialdemokratie abgestoßen. Gerade weil die Sozialdemokratie die Interessen des Proletariats rücksichtslos wahrnahm und wahrnehmen mußte, stieß sie gewisse Mitläuferkreise ab! Sollte aber

vielleicht die Sozialdemokratie, um nicht bei den kleinbürgerlichen Mitläufern anzustößen, eine mindere Energie in der Vertretung der proletarischen Klasseninteressen aufhalten?

Und hat nicht die Sozialdemokratie durch ihre unerhittliche Bekämpfung der kapitalistischen Kolonial- und Weltpolitik in einem ganz anderen Maße „die Aufgaben der großen weltgeschichtlichen Kulturpartei“ erfüllt, als durch ihre derzeitige Kampagne gegen die Lex Heinze? Oder sollte die Sozialdemokratie etwa in die Kulturkampfsphären des Liberalismus einstimmen, sich einseitig gegen das Zentrum wenden, statt neben dem Zentrum auch mit aller Energie die Liebert-Männer der Staatsstreichgarde und den kolonialen Gründerschwindel der Dernburgianer zu bekämpfen? Wir wissen, daß dem Verfasser des zitierten Artikels die Empfehlung einer solchen Taktik durchaus fernliegt: wo in aller Welt hat aber dann die Partei nicht die Pflichten einer „großen weltgeschichtlichen Kulturpartei“ erfüllt?!

Daß neben allen anderen, gewichtigeren Gründen für den diesmaligen Wahlausfall auch die reichverbändlerische Ausschächtung unserer Parteidiskussionen eine Rolle gespielt hat, wollen wir gern zugeben. Selbstverständlich fördern Parteiskandale das Ansehen der Partei nicht in den Kreisen, die ihrer Klassenlage nach für uns stimmen müßten. Man hüte sich also in Zukunft vor solchen Skandalen! Nur vergegenwärtige man sich auch gefälligst, daß man die Partei auch aufs schwerste kompromittieren und schädigen kann, ohne in der Form anständig zu werden! Nichts erschüttert im Gegenteil mehr den Rimbuss und das Ansehen einer Partei, als unausgesehene Vorkritik in ihrer Theorie und ihrer Taktik! Gerade wir möchten zu allererst die Freiheit der Kritik unterbinden, gerade wir halten den gründlichen Antrag unermesslicher Meinungsdivergenzen für das einzige Mittel, die taktische Einheit und Geschlossenheit der Partei zu sichern. Aber die Selbstkritik darf auch nicht zur Marotte einzelner Genossen, zu einer selbstmörderischen Manie werden!

Hören wir, welche Methode ein Gegner für die wirksamste hält, um in die Reihen der sozialdemokratischen Anhänger Verwirrung und Verwirrung hineinzutragen. Der Generalmajor z. D. v. Voebell schrieb am 9. Februar im „Tag“:

„Gegenseitig belehren zwar wird man sich durch Rede und Gegenrede kaum, höhnische und verächtliche Behandlung des Gegners löst aber ab. Die Erbitterung wird unnötig vermehrt, der Gegner verschließt sich besserer Einsicht, Einfluß und Umkehr. Nachdenklich wird doch dieser oder jener Sozialdemokrat, wenn, wie es auf einer von tausend Wählern besuchten Versammlung geschah, vom Redner des Tages sachlich und zahlenmäßig bewiesen wird, daß gerade die Arbeiter von den Kolonien, dem Welthandel, der Weltpolitik Nutzen ziehen. Und wenn ihnen dann durch Stellen eines Buches eines ihrer Genossen nachgewiesen werden kann, daß geistig bedeutende Sozialdemokraten diese Ansicht vor Jahren teilten, mag mancher fortan den Ausführungen im „Vorwärts“ und den Worten der Führer misstrauen.“

Auch diese Lehre der Reichstagswahl sollte nicht in den Wind geschlagen werden!

Zur Erwiderung!

Es ist nicht meine Absicht, in die Erörterungen über den Wahlausgang das persönliche Moment hineinzutragen, um so mehr muß ich mich aber gegen die Art und Weise verwahren, wie die Redaktion des „Vorwärts“ Calvers und meine Ausführungen durcheinanderwirft, um uns als unlogisch und wer weiß was noch hinzustellen.

Ich schätze den Genossen Calver sehr hoch, was aber seine handelspolitischen Anschauungen anbetrifft, so gehöre ich, was der Redaktion des „Vorwärts“ ja nicht unbekannt ist, zu ihren entschiedensten Gegnern. Ebenso kann ich mich Calvers Anschauungen hinsichtlich der Bedeutung von Kolonien für die deutsche Volkswirtschaft ganz und gar nicht anschließen. Ich bin der Ansicht, daß Kolonien für Deutschland vorteilhaft sein können, halte aber die Bedingungen, unter denen dies der Fall sein würde, heute teils nicht für gegeben und teils — infolge der Unverantwortlichkeit der Regierung — nicht für verhängt. Demgemäß und weil die deutsche Kolonialpolitik aufs engste mit der derzeitigen deutschen Weltpolitik verbunden ist, über die das Volk keine Kontrolle hat, von der wir aber sehen, daß sie immer neue Konfliktmomente in unsere Beziehungen zu den großen Kulturvölkern hineinträgt und die ungeheuren Rüstungsausgaben beständig mehrt, daß sie uns zu Sklaven des wahnwitzigen, immer mehr Mittel und Kräfte verschlingenden Wettrennens macht, halte ich die Ablehnung der Kolonialpolitik von seiten der Sozialdemokratie für durchaus gerechtfertigt und geboten.

Ob diese Gründe nicht auch selbst dann die Ablehnung aus-reichend rechtfertigen, wenn der Besitz von Kolonien für Deutschlands Entwicklung notwendig wäre, mag dahingestellt bleiben. Die Sozialdemokratie lehnt auch sonst Budgets ab, deren Zwecke sie im übrigen für notwendig hält, weil sie mit Bestimmungen oder Einrichtungen verknüpft sind, die sie bekämpft. Aber die Ansicht, daß Deutschland heute Kolonien für seine wirtschaftliche Entwicklung braucht, teile ich nicht, sondern habe sie in meinen Wahlreden sehr energisch bekämpft, wobei ich u. a. gegenüber der Redensart, Englands Reichtum stamme aus seinen Kolonien, nachwies, daß weit über 95 Proz. von Englands Nationaleinkommen aus der Arbeit seiner Bergleute, Eisenarbeiter, Maschinenbauer, Schiffbauer, Spinner, Weber usw. usw. herrührt.

Hier liegt also mein Gegenstand gegen das, was der „Vorwärts“ verteidigt, nicht. Was ich gerügt habe, ist vielmehr, daß statt der großen Gesichtspunkte, die unsere Haltung in der Kolonialfrage bestimmen, ganz untergeordnete Dinge, denen keine Beweiskraft innewohnt, und sehr übertriebene Behauptungen über die Mängel der deutschen Kolonien in den Vordergrund gehoben wurden und unsere Materiallieferung für den Reichsverband bleibe man mir gefälligst vom Leibe. Keines der gegnerischen Flugblätter, die ich zu Gesicht bekommen habe, hat sich auf jene Argumente eingelassen, die ich oben entwickelt habe. Mit um so größerem Vergnügen dagegen hat man den Redensarten von der Ertragslosigkeit der Kolonien gegen-teilige Tatsachen entgegengesetzt und damit auch auf einen großen Teil der Arbeiter ganz erheblichen Eindruck gemacht. Die deutschen Kolonien sind nicht ertragsunfähig; es werden auf ihnen heute schon Profite gemacht, und noch größere Profite werden gemacht werden, das steht ganz außer Zweifel. Aber ebenso sicher ist, daß die Rechnung, die das deutsche Volk für sie zu zahlen hat, nicht nur heute sehr viel größer ist als der Nutzen, sondern auch solange größer bleiben wird, wie in Politik und Wirtschaft das gegenwärtig herrschende System andauert.

Sobiel hierüber. Es war natürlich nicht möglich, in dem Rahmen eines kurzen Artikels, der sozusagen zwischen den Schlächten geschrieben wurde, als ich noch mitten in der Wahlagitatio stand, auf alles einzugehen, was hinsichtlich der Wertung und Erklärung des Wahlergebnisses zu sagen war. Gewiß hat die Wahl auch viel Ernüchterendes zutage treten lassen. Ich habe das im Eingange meines Artikels selbst betont. Aber nichts wäre verhängnisvoller, als darüber die Fehler zu ignorieren, die dazu beigetragen haben, einen Sieg der Reaktionsparteien möglich zu machen, dessen Kosten die Arbeiterklasse leider recht teuer zu bezahlen haben wird.

Schöneberg-Berlin, den 9. Februar 1907.

Ed. Bernstein.

Genosse Bernstein scheint uns mit seiner Erklärung nur offene Türen einzurennen. Es ist uns gar nicht eingefallen, ihn für die Auslassungen Calvers mitverantwortlich zu machen. Wir haben die trennenden Momente vielmehr mit aller Schärfe hervorgehoben.

Von dem, was wir über Bernsteins Optimismus über die Dernburgischen kolonialen Schwindelaufmachungen und seinen höchst ungemessenen Pessimismus über gelegentliche agitatorische Ungeschicklichkeiten der Partei gesagt haben, können wir leider nichts zurücknehmen, obwohl oder gerade weil wir uns nicht getroffen fühlen.

Genosse Bernstein entschuldigt den Mangel an Augenmaß seiner Ausführungen mit der Eile, in der er — noch zwischen den Schlächten — seinen Artikel geschrieben habe. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn sich die Parteigenossen bei der Verfassung solcher Artikel etwas mehr Zeit ließen! Nicht nur das journalistische Ansehen der betreffenden Genossen würde dabei besser fahren, sondern auch die Partei!

Die Tagung der Landbändler.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die heute, wie alljährlich um die Mitte des Februar, im Zirkus Busch stattfand, stand gleichermäßen unter dem Einfluß des beendeten Wahlkampfes wie des Altweibens der beginnenden Fastenwoche. Die große Parade der Landbändler im vorigen Jahre zeigte trotz der geschiedten Injanzierung durch die Bundesleitung eine gewisse Abflauung der einstigen bäuerlichen Kampfesstimmung. Die naive Befriedigung über die durch die neuen Tarifverträge gewonnenen materiellen Vorteile stiegerte sich deutlich auf den frohen Gesichtern und pakte allzuwenig zu der wortatletischen Kraftanstrengung, mit der einige Redner von der Tribüne herab das alte Thema von der Not der Landwirtschaft variierten. Die heutige Versammlung holte einen wesentlich anderen Charakter. Sie glück einer karnevalistischen Wahlfeier, in der es an billigen Festsingspott über den Gegner, besonders die Sozialdemokraten, nicht fehlte. Sehr begreiflich. Tatsächlich hat ja das Landbändlerum allen Anlaß, Siege zu feiern. Der Angriff gegen die Fleischsteuerung ist abgeschlagen; mögen die Viehpreise noch so hoch steigen, der neue Reichstag wird keinen Kampf gegen die Grenzsperrre führen. Zwar hat Fobbielsti gehen müssen, aber er ist durch einen Agrarminister gleicher Qualität ersetzt, der sogar insofern noch bessere Chancen für die Durchführung agrarischer Wünsche bietet, als er nicht das Boddieckliche Phlegma besitzt. Vor allem aber hat die Reichstagswahl ein Ergebnis geliefert, mit dem das Bündelertum in jeder Hinsicht zufrieden sein kann. Die beiden Bundesleiter, Herr Dr. Roside und Dr. Diebrich Dahn, die im letzten Reichstag fehlten, ziehen wieder in seine Hallen ein, und die Anzahl der Mitglieder der Rechten ist auf 115 gestiegen. Zudem hat die agrarische Richtung, wie Herr v. Wangenheim wiederholt hervorhob, sowohl im Zentrum wie in der national-liberalen Partei eine beträchtliche Verfassung erfahren. Das sind schöne Erfolge, die, richtig ausgenutzt — und an der nötigen Rücksichtslosigkeit zur Ausnutzung fehlt es den Agrariern nicht — den „Rotleidenden“ doch manche schönen Vorteile versprechen.

Daß die Bundesleitung die Situation auszunutzen und Stimmung zu machen versteht, zeigte die gewaltige Menschenmasse, die heute den Zirkus Busch bis auf den letzten Platz füllte, und das der Psychologie entsprechend zusammengestellte Programm.

„Stell Wechsellandes Programm mit den neuesten Schlagern“, das ist die Maxime des Bundesvorstandes. Heute überwiegen die Fühlungsnummern. Die Bienen aus der hohen Schule der Staatskunst, die früher den Bauern hin und wieder vorgeritten wurden, fehlen ganz. Dafür hatten die humoristischen Programmnummern eine Verwertung erfahren; denn wenn auch Graf Reventlow nicht mehr mitwirken kann, besitzt für dieses Gebiet die Bundesleitung in dem Herrn v. Oldenburg-Januschau noch immer, wie anerkannt werden muß, eine außerordentliche Kraft. Und auch Herr Dr. Oertel hat, wie er heute bewies, eine entschiedene Befähigung für Staatsräthe.

Eröffnet wurde die heutige Versammlung durch Fr. Hehrn v. Wangenheim. Er hatte sich seinen Vortrag sorgfältig ausgearbeitet und sprach gut. Geschicht hob er hervor, daß alle Prophezeiungen über die schlechten Wirkungen der Handelsverträge nicht eingetroffen seien. Die hätte Deutschlands Industrie und Handel in solcher Höhe gestanden, wie heute. Auf eine Erörterung der Ursachen dieser Prosperität ließ er sich nicht ein. Ohne irgend welche Begründung versuchte er die jetzige Aufschwungsperiode als eine bloße Folge der am 1. März 1906 in Kraft getretenen neuen Vertragsstufe hinzustellen. In diesem wirtschaftlichen Aufschwung hätte, meinte er, auch die Landwirtschaft einigen Anteil; doch ständen die Getreidepreise noch immer unter dem als annehmbar erscheinenden Durchschnitt. Würden nicht die wirtschaftspolitischen Forderungen der Landwirtschaft bewilligt, dann und nur dann könne der sozialistische Zukunftsstaat Wirklichkeit werden. Die geeigneten Persönlichkeiten zu dessen Regiment hätte ja die Sozialdemokratie; Stadthagen z. B. würde sich vorzüglich zum Oberbeschweinemeister qualifizieren. (Lachender Beifall.)

Redner kam dann auf die Reichstagswahl zu sprechen, lobte den Aufschwung des nationalen Gefühls und verlangte vom Fürsten Bülow die Aufstellung eines Programms seiner Heimatspolitik.

Die Ansprache Dr. Koesides fand nicht in gleichem Maße den Beifall der Versammlung. Seine heftige Fühlungshinwendung zu ihm, mit gleicher Verbe wohlberechnete Knappheiten in die Range zu schleudern. Zudem waren seine Ausführungen über den volkswirtschaftlichen Wert hoher und niedriger Preise den meisten allzu langweilig.

Dann ermittelte Landrat v. Malchow den Bericht der Klassenrevisionskommission. Um die ermüdende Wirkung dieses Vortrags abzumildern, trug Herr Rude v. Patenhausen, der sich in seinen Ruhestunden mit der Fabrikation agrarischer Gedichte zu beschäftigen scheint, einen selbstverfaßten poetischen Wahlspruch vor.

Im folgte Dr. Diederich Hahn, der anknüpfend an Wangenheims Vortrag die Reichstagswahlen besprach und zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufforderte. Seine Ausführungen gipfelten in dem mit rauschendem Beifall aufgenommenen Satz: „Eine Rückkehr zum Capricismus ist heute nicht mehr möglich.“

Damit war der erste und ernstere Teil des Programms erledigt. Herr v. Oldenburg-Januschau betrat als Referent über die Kolonial- und Heimatspolitik die Tribüne. Gleich zu Anfang erklärte er, kein sachliches Referat halten zu wollen, denn wenn er sich sachlich ausdrücken wolle, käme um 8 Uhr noch kein Schimmel in die Range. (Große Heiterkeit.) Außerdem hätte er auch gar nicht nötig, über Kolonialpolitik zu reden; dazu wäre eigentlich Herr Dernburg da, der sich leider nicht eingefunden hätte. Dann folgten allerlei Ausführungen über das Ergebnis der Reichstagswahl. Besiegt worden ist, meinte Herr v. Oldenburg, die Sozialdemokratie durch die Nichtwähler, und zwar vornehmlich die Nichtwähler, die Schweine besitzen. Das nationale Schwein hat die Sozialdemokraten zu Boden geworfen. (Stürmischer Beifall.) Die sozialdemokratische Politik war eine große Schweinerei. Einmal stimmten die Sozialdemokraten für die Aufrechterhaltung des Sklavenhandels, dann für die Regier gegen unsere braven Soldaten in Südwestafrika; da hat sich das nationale Schwein erhoben, denn aus dieser Politik der Sozialdemokratie wurde schließlich kein Schwein mehr Hug. (Stürmischer Beifall.)

Auf fast gleicher Höhe der humoristischen Leistungsfähigkeit stand Herr Dr. Oertel, dessen Witze durch seinen sächsischen Dialekt unterstützt wurden. Er redete von dem faden Kamillentee-Ausgang des Capricismus, von den deutschen Handelsbeziehungen zu England und Nordamerika, von dem Denkmalseppert nach den Vereinigten Staaten, von dem Professorenaustrausch, von Chamberlain und von Fürst Bülow's Weinen, die sich nicht für Bismarcksche Kreuzerjäger eignen. Schließlich schloß er pathetisch mit dem Ruf: Ave Caesar, victores te salutant! (Kaiser, die Sieger grüßen Dich!)

Nach einigen weiteren Begrüßungsreden gingen die „Rotleidenden“ auseinander, um sich im Weinhaus Rheingold, bei Kempinski, in der Traube oder in den Gebirgshallen unter den Linden von der geistigen Anstrengung der Tagung zu erholen — mit dem Bewußtsein, daß die Landwirtschaft Trumpf ist. Und sie haben Grund zum Frohlocken! Der Bund der Landwirte, dessen Mitgliederzahl nach dem Geschäftsbericht auf 282 000 angewachsen ist, hat Erfolge zu verzeichnen, wie keine andere wirtschaftliche Organisation, und diese Erfolge sind keineswegs bloße Zufallsresultate, sondern, wenn auch die historische Entwicklung Preußens und seine wirtschaftsgeographischen Verhältnisse günstige Vorbedingungen lieferten, das Ergebnis einer sehr intensiven und planmäßigen vierzehnjährigen Arbeit, von der auch wir Sozialdemokraten sehr vieles lernen können. Weder fehlt es zwischen den Bauern über 1000 und unter 80 Hektar an Reibungsflächen, noch ist der Bauernstand ein sehr gefügiges, sich leicht einer Organisation einpassendes Element. Diese Masse organisiert, ihr eine feste Richtung und einen festen Willen gegeben zu haben, das ist immerhin eine sehr anscheinliche Leistung der Bundesleitung. Sie hat ihre spröde Anhängerschaft zu einer Disziplin, zu einer Einigung in die Gesamtrichtung gebracht, die — mögen immerhin die Landräte geholfen haben — volle Anerkennung verdient. Und noch in anderer Richtung läßt sich viel vom Bund der Landwirte lernen. Er hat sich stets als Klassenorganisation gefühlt und immer die innere Einheit und Festigkeit der Erwerbung unsicherer, in jedem Moment zum Abspringen geneigter Elemente vorgezogen. Nie hat er die Taktik verfolgt, sich Klassen angliederen zu wollen, die ihren wirtschaftlichen Lebensbedingungen nach zu seinen Bestrebungen im Gegensatz stehen, und deshalb, sobald er in aller Schärfe seine Forderungen stellt, sich von ihm wieder abzweigen müssen. Ubenwiegend hat er niemals nach dem Grundfach gebandelt, sich auf allen Gebieten zugleich zu betätigen und allen etwas bieten zu wollen; stets hat er seine Kräfte auf bestimmte Forderungen konzentriert, die durch die politische Situation gegeben waren und in der Richtung seines Zieles lagen; und erst, wenn diese Forderungen ganz oder teilweise erreicht waren, hat er seine Kräfte auf andere Forderungen gerichtet. Mit dieser Taktik hat der Bund der Landwirte die höchsten Erfolge erzielt. Es gibt keine politische oder wirtschaftliche Organisation, die so rücksichtslos, so einseitig-

konsequent ein bestimmtes Klasseninteresse vertreten hat, wie der Bund der Landwirte und keine, die in kurzer Zeit so Bedeutendes erreicht hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar 1907.

Die Enthaltungen des „Bayerischen Kurier“.

Die Regierung hat jetzt nach einigem Nachdenken herausgefunden, daß die dem Flottenverein aus dem Reichskanzleramt für Wahlzwecke zur Verfügung gestellten Geldmittel nicht aus amtlichen Fonds, sondern aus irgend welchen dem Reichskanzler von „privater Seite“ überwiesenen Fonds stammen. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht nämlich an der Spitze ihrer Sonntagsnummer folgende Notiz:

Der „Bayer. Kurier“ hat Mitteilungen aus der Privatkorrespondenz des Generalmajors Reim und aus Briefschaften des Flottenvereins gemacht, zu deren Kenntnis der Gewerksmann des Blattes nur auf dem Wege einer schweren Unrechlichkeit gelangt sein kann. Nach Mitteilungen der Präsidialgeschäftsstelle des Deutschen Flottenvereins ist die Angelegenheit bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Wir hoffen, daß es gelingen wird, eine volle gerichtliche Klärung dieses Vorfalles herbeizuführen. Inzwischen stellen wir das Folgende fest:

1. Es sind für die Wahlbewegung keinerlei amtliche Fonds in Anspruch genommen worden, insbesondere hat weder der Flottenverein noch Herr Generalmajor Reim persönlich Zuwendungen aus solchen Fonds für Wahlzwecke erhalten.

2. Von privater Seite sind zur Unterstützung regierungsfreundlicher Kandidaturen Mittel aufgebracht worden, bei deren Verwendung in dankenswerter Weise auch mehrfach der Rat amtlicher Stellen eingeholt und befolgt worden ist. Der Reichskanzler war in der Lage, dem Fürsten Salm in Aussicht zu stellen, daß er sich für eine Beihilfe zu den Kosten des Wahlkampfes aus solchen privaten Mitteln interessieren werde.

3. Herr Generalmajor Reim hat wie andere im Wahlkampf hervorragend tätig gewesene Männer Gelegenheit gehabt, dem Reichskanzler über den Fortgang seiner und des im nationalen Sinne tätigen Flottenvereins Arbeit zu berichten. Dabei hat er auch naturgemäß der Herausgabe von Wahlproschüren Erwähnung getan. An der Gestaltung dieser Proschüren hat der Reichskanzler so wenig wie die Reichskanzlei mitgewirkt, auch eine „Lüge des Herrn Erzberger“ betriebe Proschüre ist an diesen Stellen vor ihrem Erscheinen nicht bekannt gewesen.

Wie der „Bayer. Kurier“ mitteilt, hat auch der bekanntlich in Lempe-Neumann und in Mühlhausen-Langensalza gewählte freisinnige Professor Eichhoff sich im Wahlkampf der besonderen Gunst des Generalmajors Reim erfreut. Am 3. Januar schreibt z. B. Reim an Eichhoff:

„Es ist von hieraus sofort alles geschehen, um verhältnismäßig, teils agitatorisch, Ihre Wahl zu fördern. Ich war gestern im Palais und habe Fürst Bülow gesprochen und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung die Güte haben muß, dem Steuer einige Grade nach links zu geben und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die Konservativen und der Bund der Landwirte nicht Sonderpolitik treiben. Sie haben auch von Ihnen gesprochen und hält auch der Fürst Bülow Sie für den geeigneten Mann, die freisinnige Partei in dem nationalen Fahrwasser dauernd zu erhalten.“

Am 15. Januar 1907 erhält Professor Eichhoff folgendes Schreiben vom Generalmajor Reim:

„Nach verschiedenen Rücksprachen mit Wilhelmstr. 77, wo man sich für Ihre Wahl warm interessiert, ist, um die Sache praktisch zu gestalten, die amtliche Unterstützung im Wahlkreis Lempe-Neumann in jeder Weise sichergestellt. Was den Wahlkreis Langensalza betrifft, so behauere ich und ebenso Wilhelmstr. 77 aufrichtig — diese Mitteilung ist aber ganz vertraulich — daß dort ein nationaler Gegenkandidat gegen Sie aufgestellt ist.“

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Montag in erster Lesung den Entwurf eines Wanderarbeitsstättengesetzes. Schon seit Jahren haben sich die gesetzgebenden Körperschaften Preußens mit der Frage der Fürsorge für Wanderarme beschäftigt, ohne daß indes bisher etwas Positives geschaffen ist. Ein Entwurf vom Jahre 1895 scheiterte hauptsächlich an der Frage, wer die Kosten tragen sollte: der Staat oder die Provinzen. Im Gegensatz zu dem damaligen Entwurf, der die obligatorische Einführung von Verpflegungsstationen im gesamten Staatsgebiete plante, schlägt die Regierung jetzt das System der Wanderarbeitsstätten vor, d. h. es sollen nur an einigen wenigen größeren Orten eines Bezirks Stationen für arbeitssuchende Wanderer eingerichtet und die Wanderarbeitsstätten mit Arbeitsnachweisen verbunden werden, die wieder unter sich Fühlung haben. Mittellose arbeitssuchende Wanderer werden von den Gemeindebehörden der nächsten Wanderarbeitsstätte aufgenommen, wo sie gegen Arbeitsleistung vorübergehend Verpflegung und Obdach erhalten und von wo aus ihnen Arbeit nachzuweisen versucht wird. In ihnen nirgends Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, so werden sie einer Arbeitskolonie überwiesen.

Der Entwurf steht also im großen ganzen auf dem Boden des Vordelshaus'schen Systems mit all seinen Mängeln. Man entfernt die Arbeitslosen von der Landstraße, ohne indes der Arbeitslosigkeit selbst zu steuern, und den unglücklichen Leuten, die sich in eine Arbeitsstätte begeben haben — in der Hoffnung, daß ihrer Not ein Ende gemacht wird — winkt die Aussicht auf Unterbringung in eine Arbeitskolonie, wo sie nicht als freie Arbeiter, sondern oft genug schlimmer als in Gefängnissen behandelt werden. Das ist die „praktische Sozialpolitik“, die „Arbeiterfürsorge“ des preussischen Staates.

Mit dem Grundgedanken des Entwurfes, dem der Minister des Innern, v. Bethmann-Hollweg, selbst jede sozialpolitische Bedeutung abspricht, erklärten sich alle Parteien einverstanden, nur wurde von verschiedenen Seiten an den Staat die Forderung gestellt, eine angemessene finanzielle Beihilfe zu leisten. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß das Gesetz wiederum an dem Kostenpunkte scheitert! Den Konservativen ist der Entwurf sogar noch zu sozial; sie erklärten sich gegen die Errichtung von Arbeitsnachweisen mit der Begründung, daß Arbeitsnachweise nur von den Unternehmern errichtet werden dürften, da sie sonst der sozialdemokratischen Propaganda dienen!

Die Debatte endete mit der Vertweisung der Vorlage an eine Kommission.

Hierauf setzte das Haus die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Es wurden nur lokale Wünsche geäußert.

Dienstag: Fortsetzung der Staatsberatung.

Freisinnige Bravourstücke!

Kampf gegen die Reaktion! So las man während des Wahlkampfes in den freisinnigen Blättern. Wie sie den Kampf geführt haben, zeigt die folgende Aufstellung derjenigen Kreise, die von den Freisinnsmännern den Rechtsparteien in der Stichwahl zugeschanzt worden sind. Es erhielten Stimmen:

	Stichwahl	Hauptwahl
Potsdam-Dshavelland.		
Liebfrauen (Soz.)	18606	17158
Bankl. (L.)	21936	13566
Brandenburg-Greifenhagen.		
Körsten (Soz.)	17904	17162
v. Steinäder (L.)	22438	17080
Striegau-Schweidnitz.		
Kellmann (Soz.)	8878	8341
Frhr. v. Nitzsch (L.)	15604	10042
Grünberg-Freystadt.		
Stolpe (Soz.)	6545	5478
Wenschell (L.)	13302	8589
Querfurt.		
Hollender (Soz.)	9361	8517
Winkler (L.)	10654	11210
Magdeburg-Waren.		
Lorenz (Soz.)	5589	5307
v. Ragan (L.)	12046	8957
Altrow.		
Knoppe (Soz.)	5561	5541
v. Treuenfels (L.)	10775	7432
Janich-Beitzig.		
Emald (Soz.)	11818	11742
v. Dörge (L.)	20059	14771
Kottbus-Spremberg.		
Dr. Bernstein (Soz.)	9690	9082
v. Ditzgen (L.)	13500	11384
Bitterfeld-Delitzsch.		
Rauh (Soz.)	10712	10100
Bauermeister (L.)	16347	10695
Horburg-Burgthede.		
Boerer (Soz.)	16287	14667
Warenhorst (L.)	21828	15890
Medienburg-Strelitz.		
Lütz (Soz.)	6698	6059
Knul (L.)	12504	8622
Sachsen-Altenburg.		
Buchwald (Soz.)	19632	19092
Schmidt (L.)	22586	15702
Schaumburg-Lippe.		
Millingen (Soz.)	3285	2608
Dr. Brunslermann (L.)	5049	3677
Potsdam-Weßhavelland.		
Reus (Soz.)	11868	11154
Görde (natl.)	12700	7009
Wolmirstedt-Neuhaldensleben.		
Rittig (Soz.)	8898	8487
Rehner (natl.)	15518	9672
Liebenwerda-Torgau.		
Fleischer (Soz.)	7298	6868
Wilde (natl.)	13776	10268
Apolda-Flensburg.		
Nickelsen (Soz.)	8725	6239
Bommelsdorf (natl.)	18050	6984
Dithmarschen.		
Müller (Soz.)	12183	11188
Gorri (natl.)	17904	10168
Döbeln-Rohrweil.		
Vinlau (Soz.)	12755	12760
Everling (natl.)	14366	8944
Annaberg-Eibenstock.		
Grenz (Soz.)	12689	11830
Dr. Stresemann (natl.)	15108	8619
Darmstadt.		
Bertbold (Soz.)	16824	18046
Dr. Osann (natl.)	15156	10119
Köthen.		
Dr. Herzfeld (Soz.)	18332	12314
Bini (natl.)	15141	8286
Jena.		
Leutert (Soz.)	10458	9429
Lehmann (natl.)	14575	11564
Sachsen-Ruburg-Gotha.		
Nietzsch (Soz.)	4760	4806
Quart (natl.)	7853	4437
Schwege-Schmalbalde.		
Schard (Soz.)	7994	7282
Knab (natl.)	12634	8946
Weimar.		
Gaudert (Soz.)	11791	11432
Gräf (Wirtsch. B.)	10444	8989
Eisenach.		
Leber (Soz.)	9486	7875
Schad (natl.)	9704	6955
Holzminde.		
Calver (Soz.)	10218	9864
v. Damm (natl.)	12948	9703
Kaiserlautern.		
Klement (Soz.)	13690	7629
Möhrle (B. d. L.)	14717	10979

Die Freisinnigen haben demnach allein in der Stichwahl der Rechtsparteien 30 Mandate verschafft!

den Konservativen 7, nämlich: Potsdam-Dshavelland, Randow-Greifenhagen, Striegau-Schweidnitz, Grünberg-Freystadt, Querfurt, Magdeburg-Waren und Altrow,

den Rechtsparteilern 7, nämlich: Janich-Beitzig, Kottbus-Spremberg, Bitterfeld-Delitzsch, Horburg-Burgthede, Medienburg-Strelitz, Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Lippe,

den Nationalliberalen 11, nämlich: Potsdam-Weßhavelland, Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Liebenwerda-Torgau, Apolda-Flensburg, Dithmarschen, Döbeln-Rohrweil, Annaberg-Eibenstock, Darmstadt, Köthen, Jena und Sachsen-Ruburg,

den Antifemiten 4, nämlich: Schwege-Schmalbalde, Weimar, Eisenach und Holzminde,

dem Bund der Landwirte 1, nämlich: Kaiserlautern.

Und Angesichts solch schmachlicher Handlangerdienste des Freisinn für die Fleischwucherer und Wahrscheinlichkeitswäger die „Verl. Volksztg.“ noch, der Sozialdemokratie wegen ihres Verhaltens bei den Stichwahlen Vorwürfe zu machen. Mag die „Wolff.“ „Demokratie“ doch erst einmal vor den freisinnigen Türen stehen!

Die Eröffnung des württembergischen Landtags.

Stuttgart, 9. Februar. (Fig. Ver.)

Die Thronrede, mit der am Donnerstag der Landtag eröffnet wurde, ist ihrem wesentlichen Inhalt nach im „Vorwärts“

Bereits mitgeteilt worden. Der Inhalt ist sehr mager und namentlich von der Schulreform, die man als eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben des neuen Landtags ansieht, handeln nur ein paar trockene, nichtsagende Sätze. Mit lebhafter Genugtuung wird nochmals das Gelingen der Verfassungsreform erwähnt und festgestellt, daß die Zweite Kammer sich nach den ganz überwiegenden Wünschen des Landes, die sich gerne berücksichtigt habe, nunmehr ausschließlich aus Vertretern des Volkes auf Grund allgemeiner und unmittelbarer Wahl zusammensetzt. Der Hauptton wird auf die „unabweisliche Pflicht der Vorsehung sämtlicher Staatsbeamten sowie der Kirchen- und Schuldienere“ gelegt, ebenso wird mitgeteilt, daß „erhebliche Mittel für Ausgaben der Eisenbahnverwaltung zu beschaffen sind“.

Etwas mehr an tatsächlichen Mitteilungen ist dem Begleit-schreiben des Finanzministers zum Etat zu entnehmen. Die Finanzlage des Landes wird dort „dank der fortwährenden günstigen Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse“ als befriedigend bezeichnet. Die Erhaltung des Gleichgewichts im Hauptfinanzetat erscheint aber nur dann als gesichert, „wenn die Zeiten günstige bleiben und Württemberg durch Mehrbelastungen seitens des Reiches verschont wird“. In letzterer Beziehung scheint der Finanzminister immerhin etwas Optimismus zu sein. Jedoch hätte es ja die württembergische Regierung, worauf sie noch hingewiesen werden wird, in der Hand, durch ihre Vertretung im Bundesrat dahin zu wirken, daß im Reich jene ungeheuren Ausgaben eingeschränkt werden, welche die Ursachen der für die Einzelstaaten so unangenehmen und ihr finanzielles Gleichgewicht bedrohenden Belastungen sind.

Der Verlesung der Thronrede ging die auf Grund des § 163 der Verfassung erforderliche Eidesleistung der neu-eintretenden Ständemitglieder voraus, an der infolgedessen auch die sozialdemokratischen Mitglieder der Zweiten Kammer teilnahmen.

Am Tage danach fand die Präsidentenwahl statt, bei der Zentrum und Volkspartei miteinander rivalisierten. Die Zentrumsfraktion ist die stärkste des Landtags, doch zählt sie nur ein Mandat mehr als die Volkspartei, die den Präsidentenposten seit 12 Jahren inne hatte. Dieses eine Mandat wird außerdem, vermuthlich erfolgreich, angefochten werden, so daß es fraglich erscheint, ob um dieses einen Mandates willen der Volkspartei das Präsidium genommen werden sollte, zumal ihr Kandidat Bayer zweifellos eine geeignete Persönlichkeit für das Amt ist als der Zentrumsmann Kiene. Das Zentrum sah auch wohl selbst ein, daß unter solchen Umständen ein eigener Verzicht ratsamer sei, als eigenmächtig beharren, und so erklärte es selbst, zugunsten einer anderen Partei zurückzutreten zu wollen, nur — dürfte dies nicht die Volkspartei und im speziellen nicht Herr v. Bayer sein. Es ließ vielmehr auf dem Umwege über den Bauernbund das Präsidium der Deutschen Partei (Nationalliberale) für deren Mitglied Staatsrat v. Balz anbieten. Die Deutsche Partei ist mit nur 12 Mitgliedern die kleinste des Landtags, weshalb dieser Vorschlag außer beim Bauernbund, der in dieser Frage mit dem Zentrum ging, keinen Boden fand. Die Sozialdemokratie hätte auch schon deswegen nicht für v. Balz gestimmt, weil dieser Staatsbeamter ist und als solcher der Regierung gegenüber nicht die erforderliche Unabhängigkeit besitzt. Nachdem das Zentrum aber grundsätzlich auf seinen Anspruch verzichtet hatte, hatte die sozialdemokratische Fraktion völlige Entscheidung und entschied sich nun für Bayer, der dann mit 56 gegen 31 Stimmen gewählt wurde. Dem Ergebnis dieser Präsidentenwahl war deswegen mit Spannung entgegengesehen worden, weil der Kampf um das Präsidium schon in der Landtagswahlbewegung eine große Rolle gespielt hatte.

Der erste Vizepräsident wurde nunmehr naturgemäß der Zentrumsgewählte v. Kiene, während bei der Besetzung des zweiten Vizepräsidenten wieder Differenzen auftraten. Die sozialdemokratische Fraktion war mit 15 Mitgliedern als drittstärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen und zählte somit ein Mandat mehr als der Bauernbund mit seinen 14 Mitgliedern. Nachträglich ist aber jetzt ein als „Wider“ gewählter Abgeordneter dem Bauernbund als „Wast“ beigetreten, so daß daraufhin der Bauernbund ebenso wie die Sozialdemokratie den Anspruch auf den zweiten Vizepräsidenten erhob. Die Volkspartei war bereit, unseren Abg. Klotz zu wählen, die Deutsche Partei erklärte aber, es nur dann tun zu wollen, wenn der Bauernbund seinen Anspruch fallen ließe. Dies geschah nicht. Da die Sozialdemokratie mit ihrem Kandidaten daher in der Minderheit geblieben wäre, so verzichtete sie freiwillig unter der Bedingung, daß ihren Wünschen in bezug auf die Besetzung wichtiger Kommissionen entsprochen würde. Diese Bedingungen wurden erfüllt und somit wurde der Konservative Kraut zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Die Sozialdemokratie ist aber im Gesamtverband der Kammer keineswegs untertreten, denn sie erhielt infolge ihres Verzichts auf den zweiten Vizepräsidenten zwei Schriftführerposten zugewandt, die durch unsere Abgg. Feuerstein und Fischer besetzt wurden.

In den Kommissionen erhielt die Sozialdemokratie folgende Vertretung:

- Finanzkommission: 3 Sitze, Abgg. Keil, Klotz, Dr. Lindemann.
- Volkswirtschaftliche Kommission: 2 Sitze, Abgg. Hildenbrand, Fischer.
- Kommission für innere Verwaltung: 3 Sitze, Abgg. Feuerstein, Rattutat, Keil.
- Zuständigkeits-Kommission: 2 Sitze, Abgg. Dietrich, Kurz.
- Legitimations- (Wahlprüfungs-) Kommission: 1 Sitz, Abg. Hildenbrand.
- Geschäftsordnungs-Kommission: 2 Sitze, Abgg. Klotz, Schlegel.
- Bauordnungs-Kommission: 2 Sitze, Abgg. Dr. Lindemann, Dietrich.
- Volksschul-Kommission: 3 Sitze, Abgg. Hildenbrand, Schäffler, Heymann.
- Religions-Kommission: 2 Sitze, Abgg. Tauscher, Rattutat.
- Staatsrechtliche Kommission: 1 Sitz, Abg. Dr. Lindemann.
- Bibliothek-Kommission: 1 Sitz, Abg. Heymann.
- Kommission für die Staatsschulden-Verwaltung: 1 Sitz, Abg. Wasner.
- Kommission für die Prüfung der ständischen Kassenrechnung: 1 Sitz, Abg. Seeger.

In der Bauordnungs- und Religiionskommission fällt unserer Partei der erste Vorsitz, in der Kommission für innere Verwaltung und der Bibliothekskommission der zweite Vorsitz zu. Außerdem ist der Sozialdemokratie je ein Sitz im engeren und weiteren Ständischen Ausschuss zugewandt, was für uns von großer Bedeutung ist, weil diese Körperschaft in der Zeit, in der der Landtag nicht versammelt ist, mit der Regierung zusammen die tatsächliche Leitung der Staatsgeschäfte zu besorgen hat. Für diese Körperschaft kommen die Abgg. Hildenbrand und Klotz in Betracht.

Mit diesen zahlreichen Funktionen, die von den sozialdemokratischen Abgeordneten auszuüben sein werden, ist ihnen eine große Arbeitslast und auch ein großes Maß von Verantwortung auferlegt. In der neuen und gegen früher ja wesentlich verstärkten Fraktion herrscht jedoch lebhafteste Arbeitsfreudigkeit, so daß man die Hoffnung hegen kann, daß bei niemandem Zweifel an der Reigung der Sozialdemokratie zu „positiver Mitarbeit“ entstehen werden.

Deutsches Reich.

Berliner-Geniesel.

Genosse Weber ersucht um Aufnahme folgender weiteren Erklärung:

Wie ich aus der bürgerlichen Presse ersehe, stammt die Lüge über das Champagnergelage, das Genosse Singer, ich und ein dritter Unbekannter in einem Weinstokal des Berliner Westens gehabt haben sollen, aus der „Information“, d. h. der Korrespondenz des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie. Diese Lügennotiz macht gegenwärtig die Runde durch einen großen Teil der deutschen Presse.

Unter anderem sind es die „Hamb. Nachrichten“, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ usw. usw., die sich zur Verbreitung jener Schandnotiz hergeben.

Ich bitte die Parteipresse, Kontrollieren zu wollen, welche von den Blättern, die jene Lüge verbreiteten, noch soviel Ehr- und Schamgefühl besitzen, um auch meine Richtigstellung aufzunehmen, und bitte Blätter, die dieses unterlassen, durch öffentliche Aufforderung zur Richtigstellung zu zwingen.

Es ist offenbar, daß das Lügen- und Verleumdungsgewerbe, das im Wahlkampf gegen die Partei und die leitenden Personen unserer Feinde so gute Dienste leistete, mit Hochdruck weiter betrieben werden soll. Die „Information“ des Reichsverbandes ist die Kloake, aus welcher die gegnerische Presse schöpft. Liefern die Partei und die führenden Personen in derselben nicht genügend Material, das in geeigneter Weise gefälscht, dem Publikum serviert werden kann, so legt man sich wie im vorliegenden Fall aufs Erfinden.

Die Parteipresse wird genötigt sein, weit mehr als bisher diesem schamlosen Treiben ihre Aufmerksamkeit zu schenken und mit den Lügnern und Fälschern unumschlichtlich ins Gericht zu gehen.

Was mich betrifft, so werde ich im Reichstag die erste Gelegenheit benutzen, um mit dem Präsidenten des Verbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie, dem Generalleutnant z. D. v. Liebert und seinem Stellvertreter dem Landgerichtsrat Hagemann öffentliche Abrechnung zu halten. Diese beiden mache ich in erster Linie verantwortlich für das ehr-, scham- und gewissenlose Treiben des Reichsverbandes, für das sie die moralische Verantwortung tragen.

Dieses Treiben des Reichsverbandes in Verbindung mit dem, was der „Bayerische Kurier“ über die offizielle Wache bei den letzten Wahlen veröffentlichte, zeigt, daß wir uns im glorreichen Deutschen Reich in einer politischen Atmosphäre befinden, die zum Himmel stinkt.

Schöneberg-Berlin, den 11. Februar 1907.

A. Weber.

Die Lügennotiz der „Information“ lautet nach den Leipziger Neuesten Nachrichten:

„Die Weber und Singer Kaisergeburtstag feierten, darüber wird der „Information“ ein hübsches Geschichtchen erzählt, aus welchem wieder einmal hervorgeht, daß es auch im Zukunftsstaate bevorzugte Genossen geben würde, die statt des Arbeiterbieres Sekt und andere Kapitalistenfreuden genießen. Der „Information“ wird nämlich von privater Seite geschrieben: „An Kaisergeburtstag — Mitternacht war längst vorüber — lehrte ich noch in ein bekanntes Weinrestaurant des Berliner Westens, in dem nicht gerade das Proletariat zu verkehren pflegt, ein. Auf einem Rundgange durch die Räumlichkeiten des Lokals wurde mein Interesse plötzlich von einer Gruppe von drei Herren auf das lebhafteste in Anspruch genommen. Während zwei dieser Herren, der eine mit stark ergrautem Epithel, der andere mit ebensolchen „Koteletten“, sich innig umschlangen hielten, ein Bild tieferer Mährung, sah der dritte im Bunde teilnahmslos und ganz in sich zusammengesunken da; er schloß den Schlaf des Gerechten. Aus einem Gähler sagte der Hals einer Seifflache hervor; wenn ich richtig geseht habe, war man bei der vierten angelangt. Als die beiden gerährten Graubärte eine Schwelung zu mir hin ausföhrien, erklärten sie mir übereröhung bis ins Innerste und glaubte meinen Augen nicht trauen zu dürfen. Aber da war eine Verwechslung ausgeschlossen, bei derart marantem und populären Röhren war ein Irrtum nicht möglich; es waren tatsächlich die beiden höchsten Würdenträger des Zukunftsstaates Weber und Singer, die dort jenen ergröhrenden Vorgang in Szene setzten. Den dritten der Herren, der augenscheinlich der Situation nicht gewachsen war, kannte ich nicht.“

Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie hat eine Erwiderung gemacht, die seiner Würdig ist. Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. med. Weder aus Spremlingen bei Offenbach, der es auf Grund seiner Reichstagsstätigkeit nicht mehr wagen durfte, in seinem bisher innegehabten Wahlkreis zu kandidieren und der bekanntlich einer der stumpfsten und belästigsten der Sozialdemokratie ist, hat seine Praxis aufgegeben und ist in die Dienste des Reichsverbandes getreten. Herr Weder soll nach uns zugehenden Mitteilungen ein Gehalt beziehen, das mindestens dreifach höher ist, als seine bisherige Praxis ihm einbrachte. Außerdem sind ihm für jeden Kasse- und Agitationstag ungewöhnlich hohe Diäten zugestanden worden. Dem Verdienste seine Krone.

Gegen die Freisinnigen. Der Generalanzeiger für die gesamten Interessen des Jubentums bringt unter der Überschrift: „Das Spiel ist aus“ einen Artikel, worin er sich bitter über die Haltung der Freisinnigen bei den Wahlen beschwert. Er schließt den betreffenden Artikel mit den Worten:

„In der Tat, die Antisemiten haben alle Ursache, auf ihre Wahlerfolge stolz zu sein. Seit der letzten Wahl hat sich die Zahl ihrer Abgeordneten verdoppelt: 15 im Jahre 1903 (inkl. Bauernbund), heute 30! Allerdings müssen sich die Antisemiten bei den Freisinnigen auf das herzlichste bedanken, denn nur auf Krücken der Freisinnigen ist über die Hälfte der antisemitischen Abgeordneten in den Reichstag gehumpelt!“

Sach Herr Müller-Reinigen wird für seine anmaßende Einmischung in die Stichwahl in Jena der Kopf gewaschen. Das Blatt fragt: ob sich Herr Müller etwa schon jetzt als zukünftiger Parteipost fähig, der sich über die Stichwahlparole einer befreundeten Partei leichten Herzens hinwegsetzen dürfe, wodurch der national-liberal-antisemitische Herr Lehmann gewählt worden sei.

Wir begreifen den Schmerz des jüdischen Organs. Die Börse hat den Freisinnigen ihre Geldbeutel zur Verfügung gestellt und zum Dank dafür wählen die Freisinnigen Antisemiten. Das ist eine bittere Enttäuschung.

Die kleine deutsche und die große englische Flotte des Herrn Tispij wird in der nächsten Marinévorgabe zweifellos eine große Rolle spielen. Klein und Groß sind relative Begriffe. Man muß doch irgend einen Maßstab haben, woran es gemessen wird. Als solchen Maßstab kann man neben dem Kolonialbesitz doch nur die Handelsmarine nehmen, zu deren Schatz angeblich die Kriegsmarine wirken soll. Aus der seemannischen Bevölkerung muß doch auch der Stamm der Kriegsmarine entnommen werden!

England hatte mit den Kolonien 1904 37 055 registrierte Schiffe mit einer Ladefähigkeit von 12 157 000 Registertonnen. Oder wenn wir die in den Kolonien und für die Flaggschiffahrt dienenden Schiffe außer Betracht lassen, bleiben allein für Groß-Britannien 14 479 Seeschiffe mit 10 278 000 Registertonnen und 259 489 Mann Besatzung. Demgegenüber stand eine Kriegsmarine mit 424 Schiffen, die einen Rauminhalt von 1 668 220 Registertonnen und 104 330 Mann Besatzung hatten. Es kommen also auf jedes Kriegsschiff 34,1 Seeschiffe der Handelsmarine, auf je 1000 Tonnen der Handelsmarine 162,2 Tonnen der Kriegsmarine, und auf je 100 Mann der Besatzung der Handelsmarine kamen 40,2 Mann der Kriegsmarine.

Deutschland hatte 1905 4224 registrierte Seeschiffe mit 2 352 575 Registertonnen Ladefähigkeit und 80 616 Mann Besatzung.

Die Kriegsmarine hatte einschließlich der Hochsee-Torpedoboote, die bei England auch mitgerechnet sind 227 Schiffe mit 543 502 Tonnen Rauminhalt und 40 672 Mann Besatzung. Beim Rauminhalt fehlt die Tonnenzahl der 100 Hochsee-Torpedoboote, die jedes 290—500 Tonnen Rauminhalt haben. Bei den Angaben über die englische Flotte ist der Rauminhalt der Torpedoboote mitgerechnet. Es kommen demnach in Deutschland auf jedes Kriegsschiff nur 18,6 Seeschiffe der Handelsmarine, auf jede 1000 Tonnen der Handelsmarine 239 Tonnen der Kriegsmarine und auf je 100 Mann Besatzung der Handelsmarine 67,1 Mann der Kriegsmarine!

Würde man andere Einheiten zur Grundlage der Berechnung nehmen, z. B. 1000 Kilometer Küstenlinie des Mutterlandes und der Kolonien oder Anzahl der Häfen, oder Millionen Einwohner des Mutterlandes und der Kolonien: immer wird man finden, daß Deutschland für jede dieser Einheiten sowohl an Zahl und Rauminhalt der Schiffe als Zahl der Mannschaft erheblich mehr hat als Großbritannien! Bringt man die obigen Ziffern in Tabellenform, dann ergibt es folgendes Bild: Es seien

	In Deutschland	In England
Auf 100 Handelsschiffe	5,4	2,92 Kriegsschiffe.
1000 Ton. d. Handelsschiffe	239	162 Tonnen d. Marine.
100 Mann der Besatzung der Handelsschiffe	67,1	40,2 der Marine.

Reaktion in Sachsen-Weimar.

Weimar, 10. Februar. (Eig. Ber.)

Der Landtag wurde heute eröffnet. In der höchsten Proposalschrift — so wird im weimarschen Regierungsdeutsch das, was man sonst „Thronrede“ nennt, genannt — wird in erster Linie auf die Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen hingewiesen. Dann wird auch noch der Lehrer und übrigen Staatsbeamten gedacht. — Unter den verschiedenen neuen Vorlagen befindet sich auch eine solche, die altherwürdige Gesetze aus dem Jahre 1786 aufhebt und durch andere Bestimmungen ersetzt. Es handelt sich um die äußere Heiligung der Sonn- und Festtage. Da soll nun in Zukunft verboten werden, daß an Sonn- und Festtagen Flugblätter und Flug-schriften verteilt und ausgetragen werden! Natürlich sind religiöse Schriften, die mit Erlaubnis der Kirchenbehörden verbreitet werden, davon ausgeschlossen. In den Gast- und Schankwirtschaften ist jeder geräuschvolle Verkehr bis mittags 12 Uhr streng verboten. Regel-, Karten- und Billard-spiel ist ebenfalls an solchen Tagen bis mittags 12 Uhr verboten. Kurz, der Geist der Kudererei zieht sich wie ein roter Faden durch dies funkelnelene Gesetz, das natürlich als ein Fortschritt bezeichnet wird.

Rachwahl in Mühlhausen-Langensalza.

Nach mehreren entgegengesetzten Meldungen der bürgerlichen Presse steht nun endlich fest, daß der in Mühlhausen-Langensalza und Lennepe-Weimann gewählte freisinnige Volksparteiler Prof. Eichhoff für Lennepe-Weimann angenommen hat. Es muß also im 3. Wahlkreis des Regierungsbezirks Erfurt eine Rachwahl stattfinden, nicht, wie wir vor einigen Tagen meldeten, in Lennepe-Weimann.

Im Kreise Mühlhausen-Langensalza-Weimann erhielten am 25. Januar unser Kandidat, Genosse Brunwald 6016, der freisinnige Kandidat Eichhoff 6117 und der konservative Freiherr v. Jedlich 10541 Stimmen; in der Stichwahl traten unsere Genossen geschlossen ein für Eichhoff, als das kleinere Übel, so daß er am 5. Februar mit 14 111 Stimmen gegen Jedlich siegte, der es auf 11 220 Stimmen brachte. Unseren Genossen war auch das Zentrum bei der Stichwahl noch mit circa 2000 Stimmen für Eichhoff eingetreten, während es in der Hauptwahl sich der Stimme enthalten hatte.

Bei der bevorstehenden Rachwahl wird die Wahlbewegung natürlich zweifellos durch die allgemeinen Erscheinungen bei Rachwahlen, wie Abspannung und geringeres Interesse, stark gedrückt werden, andererseits aber hat Herr Eichhoff gerade seinen Mühlhäuser Parteifreunden einen starken Streich gespielt, den sie sicherlich in der Rachwahl verspüren werden. Sein Leitblatt, die freisinnige „Mühlhäuser Zeitung“ nimmt denn auch kein Blatt vor den Mund, sie schreibt:

„Wir können diesen bedeutungsvollen und inhaltsreicheren Entschluß nur mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns in der Erkenntnis entgegennehmen, daß Herr Prof. Eichhoff damit einerseits der Sache des Gesamtliberalismus in unserem Wahlkreise einen unübersehbaren Schaden zugefügt hat, andererseits sein den Wählern verpfändetes Wort, an dem bis zur Stunde niemand zu zweifeln und zu deuteln gewagt hat, gebrochen hat. Von welchen Erwägungen sich Herr Professor Eichhoff hat leiten lassen, entzieht sich vorerst noch unserer Beurteilung. In jedem Falle aber war es für ihn Ehrensache, seinen allen Wählern, die ihm zuerst in den Reichstag verdorfen hatten, treu zu bleiben! Von dieser Ueberzeugung war jeder einzelne Wähler festest durchdrungen, und dementsprechend war auch die diesmal überaus schwierige und anstrengende Wahlarbeit selbstlos und opferwillig geleistet worden. Auf diese Leistung war niemand gefaßt!“

Es ist sicher, daß durch diese Verhältnisse in den Rachwahlkampf eine starke persönliche Note kommen wird, ganz gleich, wen die Freisinnigen jetzt für Eichhoff aufstellen werden, denn ihr früherer Abgott hat sich nicht nur durch diesen Ehrenwortbruch, sondern vor allem auch durch seinen Heim-Briefwechsel mehr wie kompromittiert, und der Freisinn wird es bei der Rachwahl spüren. Ein solches Spüren würde man freilich nur zahlenmäßig nachweisen können, wenn das Zentrum im ersten Wahlgange nicht etwa wieder gleich für den Freisinn, wie 1898 und 1903, eintritt; aber das kann das Zentrum kaum nach seinem Verhalten bei dieser Hauptwahl und nach allem, was gerade in den letzten Tagen durch den Heim-Briefwechsel über Freisinn und Zentrumselämpfung aus Licht gekommen ist.

Auch die konservativen Parteien werden, wie es heißt, einen neuen Kandidaten aufstellen, da Herr v. Jedlich gar zu wenig im Kreise angeprochen hat, und da sie für eine Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen der freisinnigen Stimmen absolut sicher sein wollen, bevor sie erneut in den Kampf gehen. Auch von einer gemeinsamen Kandidatur aller „nationalen Parteien“, d. h. Konservativen, Bund der Landwirte und Freisinnigen rumort es.

Kommt diese gemeinsame Kandidatur nicht zustande, und tritt das Zentrum nicht sofort in der Hauptwahl für den neuen freisinnigen Kandidaten ein, so ist es sicher, daß die Stichwahl zwischen unserem und dem konservativen Kandidaten stattfindet, denn die 100 Stimmen, die Herr Eichhoff am 25. Januar mehr wie unser Kandidat aufbrachte, wird der Freisinn reichlich durch das jetzige persönliche und sachliche Verhalten seines früheren Kandidaten einbüßen.

Unsere Parteigenossen selbst, die eben erst in diesem vorwiegend ländlichen und weitläufigen Kreise einen besonders mühseligen und arbeitsreichen Kampf beendet haben, treten in alter Kraft und mit altem Rute in den neuen Kampf, wie sich das für Sozialdemokraten auch nicht anders ziemt.

Staatsgefährliches Turnen.

Wenn die Dänen in Nordschleswig sich der phantastischen Hoffnung hingeeben hatten, mit dem zwischen der preussischen und dänischen Regierung abgeschlossenen Vertrag über die staatsrechtlichen Verhältnisse der Ostplatinenländer würde ein neuer Kurs im Bezirk der Adäopolitik entstehen, sind sie von den Behörden in Nordschleswig bald gründlich enttäuscht worden. Die Schleswiger Regierung hat sogar unmittelbar nach der Veröffentlichung des Staatsvertrages eine ganz neue Nummer ihrem langen Register germanisatorischer Zwangsmaßnahmen eingefügt. Dieser Lage erschließen die Leiter und Leiterinnen sämtlicher Turnvereine in Nordschleswig, die ihre Übungen in dänischen Versammlungshäusern abhalten, ferner die Besitzer und Wächter dieser Versammlungshäuser durch die örtlichen Polizeibehörden eine Verfügung

der königlichen Regierung in Schleswig zugestellt, in der ihnen bei hohen Geld- resp. Haftstrafen unterlagt wird, an jugendliche Personen unter 18 Jahren Turnunterricht zu erteilen, resp. die Erteilung des Unterrichts in ihren Lokalen zu dulden.

Schon vorher hatten die Kreisinspektoren des Amtes Hadersleben bekannt gemacht, daß die Turnlehrer zur Erteilung von Unterricht an schulpflichtige Kinder von ihnen einen Erlaubnischein einbringen müssen. Sie beriefen sich dafür auf eine Kabinettsordre vom Jahre 1834, sowie auf eine Ministerialinstruktion vom Jahre 1839. Wenn aber die dänischen Turnlehrer um diese Erlaubnis einliefen, wurde sie ihnen regelmäßig verweigert. In Schererebel war sogar der Gendarm in den Saal des dortigen Versammlungshauses während des Unterrichts eingedrungen und hatte, obwohl ihm vom Besizer der Zutritt verweigert worden war, weil das Lokal an eine geschlossene Gesellschaft vermietet sei, den Unterricht kurzerhand verboten und die Kinder weggeführt.

Die Regierung geht also gegen die Dänen in Nordschleswig genau so vor, wie gegen die Sozialdemokratie. Ist doch vor einiger Zeit dem Genossen Adler in Kiel die Erteilung von Turnunterricht an die Schüler des dortigen Arbeitervereins verboten worden, obwohl er das Diplom als staatlich geprüfter Turnlehrer besitzt. In der betreffenden Verfügung der Schleswiger Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulsachen, hieß es, daß Adler, wie überhaupt jedes Mitglied der sozialdemokratischen Partei als solches nicht die sittliche Qualifikation zu diesem Amt besitze! Die Ziele der Sozialdemokratie seien „den Aufgaben des Schulunterrichts, die Kinder zur Achtung und Ehrfurcht vor den Gelehrten, zur Gottesfurcht und Vaterlandsliebe zu erziehen, gerade entgegenge-

setzt.“ Daß den Dänen jetzt solches nach der Wahl passiert, ist doppelt verblüffend für sie. Haben sie doch geglaubt, durch die Abstimmung ihres Abgeordneten Hanssen in jener denkwürdigen Reichstagswahl am 13. Dezember v. J. und mehr noch durch ihr Verhalten in der Flensburger Stichwahl, wo sie das Mandat an den vom Deutschen (Germanisations-) Verein in Nordschleswig empfohlenen erzkonservativen Kandidaten der nationalliberalen Bündler auslieferten, der preussischen Regierung hinreichend den Beweis geliefert zu haben, daß sie ihre demokratischen Traditionen definitiv ad acta gelegt. Daß ihnen aber so prompt ihr verdrissenes Anrecht an den Stagenammer, der den freisinnigen Kostgängern des Votantenblocks garantiert ist, eingelöst werden würde, ist freilich ihr besonderes Pech. —

Ausland.

Frankreich.

Die bestohlene Nation.

Paris, 8. Februar. (Fig. Ver.)

„Ein sozialistisches Gesetz! Die Depots in den Kreditanstalten bedroht! Unheilvolle Folgen!“ Diese Schreckensworte sind heute in übergroßen Lettern auf der „Manschette“ des nationalistischen „Echo de Paris“ zu lesen. Und ähnliche Alarmsignale trompetet die ganze reaktionäre Presse. Das Ereignis, das ihr solche Angst einjagt, ist die Einbringung der Regierungsvorlage über die Einkommensteuer. Es ist bekanntlich nicht die erste, und leider ist auch keine volle Gewissheit darüber vorhanden, daß es die letzte sein wird. Die radikalen Kandidaten haben zwar die Einkommensteuer seit langem in ihren Programmreden versprochen, aber in der bürgerlichen Wählerchaft ist der Wunsch nach Erfüllung dieser Zusage unumgänglich nicht ganz allgemein. Und dann ist als wirksamster Hemmschuh gegen ein stürmisches Tempo der Reformpolitik ja der Senat da, der sich gerade in der letzten Zeit ziemlich maßig gemacht hat. Aber immerhin — die erste der großen Reformen, die das Ministerium Clemenceau angekündigt hat, liegt nunmehr in einem der Energie nicht entbehrenden Entwurf vor, und die radikale Demokratie steht vor einer entscheidenden Probe ihrer Regierungsfähigkeit.

Es wird sich noch Gelegenheit finden, auf den Entwurf des Finanzministers Caillaux im einzelnen einzugehen. Heute sei nur kurz bemerkt, daß er ein Mittelglied zwischen dem englischen und dem preussischen System darstellt. Er unterscheidet drei Kategorien des Einkommens, je nachdem dieses aus dem Grundeigentum, aus Handels- und Industrieunternehmungen oder aus der Arbeit stammt. Ein steuerfreies Minimum ist für die kleinen Bauern, für Arbeiter und für andere Angestellte bestimmt, und zwar wechselt es nach der Größe der Gemeinden zwischen 1250 und 2500 Fr. Der bestehende Besteuerungsmodus der mobilen Werte, Aktien und Obligationen wird weiterbehalten, doch wird ein Zuschlag erhoben. Die ausländischen Industrie- und Staatspapiere werden mit 5 Proz. des Jahresertrages besteuert. Die französische Rente bleibt steuerfrei, d. h. vom coupon wird nichts abgezogen! Für die Rentner jedoch wird selbstverständlich die Besteuerung ihres ganzen Einkommens vorgeschrieben. Endlich soll eine Ergänzungsteuer das ganze Einkommen treffen, sobald dieses 5000 Frank übersteigt. Diese Steuer wird progressiv sein und von 0,20 Proz. bis 4 Proz. steigen, während die nach den Kategorien bemessene Steuer einen festen Satz hat. Die bisherigen direkten Steuern, Personalsteuer und Tür- und Fenstersteuer werden aufgehoben.

Man sieht, gegen das veraltete, noch auf das Königtum zurückgehende heutige Steuersystem bedeutet die Vorlage einen bedeutenden Fortschritt, aber gerade darum wird sie in diesem Lande des borniertesten Spitzeregoismus keinen leichten Stand haben, trotzdem die Regierung von der Rentensteuer absch, mit der die Reaktionen die ganze Zeit her die Kleinbürger grauelig gemacht und Börsenpaniken fabriziert haben.

Die Kapitalistenpresse wird das Argument, daß die „sozialistische“ Regierung den sparischen Rentier „bestehlen“ will, darum nicht weniger gegen die der Gesetzgebung aller — gut kapitalistischen — Kulturstaaten nachhinkende Reform ausspielen.

Von einem anderen, wirklichen Diebstahl haben gestern und heute die sozialistischen Abgeordneten der Kammer und dem Lande erzählt: Von dem schwindelhaften Treiben des Finanzkapitalismus, der um Buchergewinn halber das französische Publikum zu fragwürdigen Kapitalanlagen verlockt hat, von den bestochenen Bank- und Parlamentsmännern, die dem Paris aus die Mittel zur Fortführung seines Werdregiments aus dem Arbeitertrag der republikanischen Nation zuführen. Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, ist die bedeutsame Verhandlung, über die wir noch zu sprechen haben werden, noch nicht abgeschlossen, aber soviel hat sie schon klargestellt, daß die bürgerliche Republik, auch in ihrer radikal-demokratischen Gestalt, nicht den Mut und wohl auch nicht die Kraft hat, sich aus der Umklammerung durch den internationalen Großkapitalismus zu befreien und das Gut und die Ehre der Nation aus dem Getriebe volksfremder Diplomatie und skrupelloser Profitinteressen zu retten. Und der sozialistische Gedanke der Völkerverbrüderung und des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung hat vor allem in einer stammenden Rede Jaurès', die zu seinen eindruckvollsten gehört, einen moralischen Sieg errungen, den auch die geübtesten Gegner nicht bestreiten können. —

Dänemark.

Die Volkreform.

Der Regierungsentwurf zur Volkreform hat in der vorigen Woche die zweite Lesung im Folketing durchgemacht. Er ist daraus in etwas veränderter, aber wenig verbesserter Gestalt hervorgegangen. Die Änderungen, die beschlossen wurden, waren von der Mehrheit des Vollausschusses des Folketings vorgeschlagen und

den Wünschen der Regierung angefaßt. Es waren Herabsetzungen des Vollausses im Entwurf, wodurch die Jolleinnahmen um 833 240 Kronen vermindert wurden; daneben aber — auf Wunsch des Finanzministers — statt der ursprünglich vorgeschlagenen Aufhebung der geltenden Kohlenzölle eine Ermäßigung, so daß dieser für den Haushalt und die Industrie unentbehrliche Artikel immer noch 681 523 Kronen einbringen soll. Der ganze Vorteil, der demnach aus den Änderungen des Entwurfs entspringt, beläuft sich auf eine Herabsetzung der Zölle um weitere 150 717 Kronen.

Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder hatten über 100 Änderungen vorgeschlagen — teils Aufhebung bestehender und Ablehnung vorgeschlagener Zölle, teils Zollerhöhungen und für eine Reihe von Waren Verrechnung des Zolles nach ihrem Wert. Ueber den durch die Mehrheitsbeschlüsse abgeänderten Entwurf hinaus hätten die Vorschläge unserer Genossen eine Herabsetzung der Jolleinnahmen um 10 Millionen Kronen gebracht. Sie wurden jedoch sämtlich abgelehnt, wenn auch zum Teil gegen eine starke Minderheit, wie z. B. die Jollefreiheit für Eisenerzgegenstände gegen 32 Stimmen, die Jollefreiheit für Käse gegen 33, und die für Obst ebenfalls gegen 33 Stimmen.

Gründlich blamiert haben sich bei den Jolldebatten die Konserverfabriken. Ihr Wortführer, Dr. Fraentel, der in der ersten Lesung gewaltig mit seinen in Deutschland erworbenen Kenntnissen prahlte, hatte eine Menge von Abänderungsvorschlägen eingebracht, die die Industrie schützten, dem Staate gegen 4 Millionen mehr als der Regierungsentwurf einbringen sollten. Er zeigte sich jedoch schon im Jollausschuß und nicht minder im Plenum so unwissend und unfähig, jollpolitische Fragen zu beurteilen, daß seine eigenen Parteifreunde ihn nötigten, seine sämtlichen Vorschläge zurückzuziehen. —

Soziales.

Zu der Anklage wegen Aussperrung gegen die Leiter des Verbandes der Metallindustriellen in Breslau

haben wir folgendes zur Ergänzung anzuführen: Die Staatsanwaltschaft hatte die Anklage nicht wegen Erpressung, sondern lediglich wegen Vergehen gegen § 153 W.-O. erhoben. Diese Anklage hat das hierfür zuständige Amtsgericht aber abgelehnt, weil es der früher auch gegenüber Arbeitern allgemein als richtig anerkannten Ansicht ist, daß § 153 W.-O. überhaupt nicht auf Handlungen Anwendung finden könne, die Arbeitgeber gegen Arbeiter oder umgekehrt Arbeiter gegen Arbeitgeber unternehmen, sondern nur auf Akte, durch die Arbeiter untereinander oder Arbeitgeber untereinander einen Zwang auszuüben suchen. Diese juristische Auffassung des Schöffengerichts ist die stets von uns vertretene. Aber wie verhält sich der Beschluß mit der Praxis der Breslauer Justiz gegen Arbeiter?

Als Genosse Schlegel, der Vertreter des Metallarbeiterverbandes in Breslau, aus § 153 der Gewerbeordnung angeklagt war, weil er einen Arbeitgeber zur Entlassung Nichtorganisirter hätte bewegen wollen, wurden durch die Verteidigung alle Gründe geltend gemacht, auf die jetzt das Schöffengericht seine Ablehnung stützt. Trotzdem verurteilte das Schöffengericht, das Landgericht und endlich auch das Oberlandesgericht ihn zu zwei Wochen Gefängnis. Das Oberlandesgericht lebte ausdrücklich diese Argumente der Verteidigung als rechtmäßig ab. Gerade dies Urteil gegen Schlegel verurteilte das Oberlandesgericht Breslau in die moralische Zwangslage, der Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anklage auch gegen Glasenapp und Genossen aufzugeben. Nun sind allerdings ein solches Urteil und ein solcher Beschluß des Oberlandesgerichts für die untergeordneten Gerichte nicht juristisch bindend; aber das Schöffengericht zu Breslau hat in anderen Fällen nicht daran gedacht, zugunsten sozialdemokratischer Angeklagter von der Auffassung des Obergerichts abzuweichen.

Gegen den Beschluß des Schöffengerichts hat Rechtsanwalt Wolfgang Heine in Berlin, der sich als Vertreter des Strafanklagers Willigk dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen hatte, Beschwerde eingelegt. Ueber diese Beschwerde entscheidet das Landgericht. Wenn sich dieses auf den Standpunkt des Schöffengerichts stellen sollte, so gibt es keine weitere Beschwerde. Es wäre also das Oberlandesgericht, das die Erhebung der Anklage angeordnet hat, nicht in der Lage, auch die Eröffnung des Hauptverfahrens zu beschließen. Dann würden die Fabrikdirektoren Glasenapp u. Gen. dann dem verwickelten Instanzenzuge und dem der Unabhängigkeit der Breslauer Justiz, die sich vom Oberlandesgericht das Vorgehen gegen sie nicht aufzwingen läßt, der Verurteilung entkommen.

Gegen einen solchen Ausgang des Verfahrens hätten wir nicht das geringste einzuwenden. Er würde aufs klarste beweisen, daß die gegenwärtige Handhabung des § 153 der Gewerbeordnung gegen Arbeiter unhaltbar ist, und wir würden mit Vergnügen auf die nächste Anklage gegen Arbeiter im gleichen Falle warten, um konstatieren zu können, wie sich die Unabhängigkeit der Breslauer Justiz auch in diesem Falle erweisen würde.

Monatsblätter für Arbeiterversicherung.

Auf Anregung des neuen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann ist kürzlich unter dem Titel „Monatsblätter für Arbeiterversicherung“ eine von Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes bearbeitete Zeitschrift erschienen, welche sich die vollständige Verbreitung der Grundzüge der Arbeiterversicherung zum Ziele setzt. Die „Monatsblätter“ sollen in gemeinverständlicher Form über wichtigere Vorgänge auf dem Gebiete der sozialen Versicherung fortlaufend unterrichten. Die neue Zeitschrift wird insbesondere die Organe und Beamten der Versicherungsträger, die mit der Behandlung und Begutachtung der Versicherten betrauten Ärzte, die beruflichen oder freiwilligen Vertreter der Versicherten und diese selbst fortlaufend unterrichten. Der Preis der „Monatsblätter“ ist auf 1 M. für den Jahrgang, für die einzelne Nummer von etwa 12 bis 16 Seiten auf 10 Pf. bemessen.

Die erste Nummer enthält folgende Artikel: Die Unfallversicherung im Verhältnis zur Kranken- und Invalidenversicherung; die Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft; späte Folgen eines Unfalls, Verjährung; Jurisdiktion der Berufung. Wer ist dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes? Das Erlöschen der Anwartschaft. Berufsvereinigungen und Krankenkassen, Armenverbände usw.; die Leistungen der Arbeiterversicherung und die Inhaltsangabe der letzten Nummer der Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes.

Soweit das vorliegende erste Heft ein Urteil gestattet, ist das neue Unternehmen nicht geeignet, den ihm gesteckten Zweck zu erreichen. Wer mit der Sozialgesetzgebung zu tun hat, muß die Gesetze selbst und populäre zuverlässige Führer durch die Gesetze und Kommentare zu den Gesetzen sowie die umfangreichen, insbesondere in den Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes niedergelegten Entscheidungen usw. benutzen. Die „Monatsblätter“ geben im besten Falle Anzüge aus Abschnitten der Gesetzgebung und Rechtsprechung. Sie sind für den, der dieser unumgänglichen Hilfsmittel bei der praktischen Anwendung sich bedient, zum mindesten überflüssig. Für weitere Kreise des Publikums sind die „Monatsblätter“, von ihrem hohen Preise abgesehen, völlig unbrauchbar. Eine Fülle billiger Gesetzestexte, Gesetzesführer und Kommentare besteht und ist weit eher geeignet, Gesetzeskenntnis zu verbreiten. Will das Reichsversicherungsamt, was ganz lobenswert wäre, die Kenntnis der sozialen Gesetze popularisieren, so beauftragt es den von einigen Versicherungsanstalten begonnenen Weg, durch Gratis-Vorlesungen über das Wesentliche der Gesetze oder der Rechtsprechung belehrend zu wirken. Freilich müßten aus solchen Vorlesungen zwei den „Monatsblättern“ anhaftende schwere Fehler ausgeglichen werden. Es müßte die Durchsicht der Gesetze und der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes vorgenommen ist; der Leser muß unterscheiden können, was das Gesetz sagt und wie dies Gesetz vom Gericht ausgelegt wird. Weit schlimmer ist der bereits in Nr. 1 der „Monatsblätter“ sichtbar auftretende Mangel objektiver, zutreffender, genauer Darstellung. Da

marshieren z. B. auf S. 14, 15 die bekannten Zahlen über die „Gesamtleistungen“ auf und es wird der Legende Nahrung gegeben, daß infolge der „kaiserlichen Vorkaufs Wilhelm des Großen vom 17. November 1881“ den „Hilfsbedürftigen in den Tagen der Not einen Rechtsanspruch auf gesetzlich geregelte Bezüge“ durch „umfassende Leistungen des Reiches“ und der Arbeitgeber zuteil geworden sei. Eine amtlich oder halbamtlich herausgegebene Zeitschrift hätte die Pflicht, die Wahrheit zu sagen. Unwahr wird aber die unter dem Titel „Leistungen der Arbeiterversicherung“ gegebene Darstellung insbesondere durch Verschweigen der Entschuldigungsgebungen und der ungeheuren Verlesung der Arbeiter durch dieselbe Gesetzgebung. Ein weiteres Beispiel für die Unzulänglichkeit der „Monatsblätter“ bietet der Artikel „Die Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft“ (Seite 4—7). Gegenüber der schmachvollen Tatsache, daß trotz des ungeheuren Wachstums der Unfälle keine oder fast keine Unfallversicherungsvorschriften zur Minderung der Unfälle in der Landwirtschaft angewendet sind, begnügt sich der Artikel, in selbstgefälliger Weise von dem Wirken des Reichsversicherungsamtes und der 1902er Konferenz der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf diesem Gebiete zu sprechen, das sich dahin zusammenfassen läßt: nächstens sollen Unfallversicherungsvorschriften erlassen. Der Wahrheit hätte auch auf diesem Gebiete die Ehre gegeben und deshalb angegeben werden müssen, welche und wieviel, insbesondere von sozialdemokratischer Seite gestellte, auf Verminderung der Unfälle abzielende Vorschläge von der Reichsregierung und der Regierung abgelehnt sind. Es hätte ferner zur Erwähnung kommen müssen, daß auch der kaiserliche Appell vom 11. Nov. 1890 an die Großgrundbesitzer fruchtlos war, jener daß das Reichsversicherungsamt unter Dr. Wädiker Normalstatuten zur Unfallversicherung anfangs der 90er Jahre aufgestellt und daß diese von den „staatsbehaltenden“ Parteien aufs lebhafteste bekämpft und von der Regierung fallengelassen wurden usw.

Es ist bedauerlich, daß noch nicht zehn Jahre, vom Ausscheiden des Dr. Wädiker aus dem Reichsversicherungsamt gerechnet, genügt haben, um auch auf literarischem Gebiet das Reichsversicherungsamt so tief sinken zu lassen. Man vergleiche z. B. Dr. Wädikers „Die Arbeiterversicherung in den europäischen Staaten“ mit den „Monatsblättern“, um den Unterschied zu erkennen, der zwischen dem sozialen Empfinden, der tiefen Kenntnis, dem voraussetzungslosen Streben nach Wahrheit des Reichsversicherungsamtes vor zwölf Jahren und der Selbstüberhebung und dem fast krankhaften Widerstreben gegen Fortentwicklung der neuesten Publikation einiger Mitglieder des Reichsversicherungsamtes besteht.

Londoner Heimarbeit-Ausstellung.

Die Londoner „Commercial Intelligence“ berichtet über eine dort stattgehabte Heimarbeit-Ausstellung, zu deren Organisation die im März 1904 in Berlin eingerichtete deutsche Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie Veranlassung gegeben hat. Es ist noch in unser aller Erinnerung, welch unendlich trauriges Bild sich da von der sozialen Lage deutschen Gewerbetreibender vor unseren Augen erschloß, und wie alle, selbst unsere intimsten Gegner, erschütterten waren über den ungeheuren Haufen Elend, der in unserem gesegneten Vaterlande existiert. Die Londoner Ausstellung beschäftigte sich ausschließlich mit der Hausindustrie und verfolgte den Zweck, einer großen Öffentlichkeit die Gemeinwohlbedeutung der Hausindustrie und aller ihrer Auswüchse und notwendigen Folgen wie das Schwitzsystem usw. zu demonstrieren. Welches mag wohl das Ergebnis der Ausstellung gewesen sein? Natürlich das selbe wie bei uns: Verleumdungen von Tatsachen, die eifrigen und einsichtigen Sozialpolitiker meist längst bekannt waren. Selbst die „Commercial Intelligence“ sagt, daß es unmöglich wäre, ein entsetzlicheres Bild von Verweisen für die Unmenschlichkeit des Ausbeutertums gegen die armen, bedrängten Menschen zusammenzustellen als die nackten Tatsachen, die sich in den Preisen der Produkte der Hausindustrie und den Arbeitslöhnen kundgeben. Aber man wimmert einige Wochen lang und bejammert die armen Menschen, die so unter der kapitalistischen Ausbeutung zu leiden haben, bis andere Bilder, höfliche Feste und dergleichen wichtigere Sachen den unangenehmen Eindruck, den man notgedrungen empfangen hatte, wieder hinweggewischt haben, und — es bleibt alles beim Alten! Einen nachhaltigen Erfolg haben derartige Veranstaltungen nicht. Die zahlreichen Opfer dieser Folgen der kapitalistischen Produktionsweise werden immer wieder durch die harten Tatsachen darauf hingewiesen, was ihnen nicht genug oft und eindringlich zugernfen werden kann: Organisation, gewerkschaftliche und politische Organisation.

Frügel als Lehrmittel.

Der Schulbetreuer Robert Heinlein aus Weidenbach hatte sich wegen 18 fortgesetzter unzulässiger Prächtigungen von Schullindern vor dem Landgericht Fürth zu verantworten. Er hat die Kinder roh in die Wangen geschlagen, sie mit dem Stock über den Kopf, über die Nase usw. geschlagen. Heinlein, der wegen Vergehens im Amt schon verurteilt ist, erhielt — 30 Mark Geldstrafe.

Die Lehrmittelfreiheit

wurde vor einigen Jahren auf sozialdemokratischen Antrag in den beiden unieren Volksschulklassen in Fürth in Bayern eingeführt. Seitdem haben die volksfreundlichen Liberalen wiederholt schneidige Attacken gegen diese Einrichtung geritten und deren Wiederaufhebung beantragt, während unsere Genossen bestrebt waren, eine Ausdehnung der Lehrmittelfreiheit zu erzielen. Bei der Staatsberatung im Gemeindefreiwort stellten sie neuerdings den Antrag, die Lehrmittelfreiheit zunächst auf die dritte Klasse auszudehnen. Die Liberalen dagegen verlangten abermals die gänzliche Streichung dieses Staatspostens. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Vorhaltung polnischer Landarbeiter als Mittel gegen den polnischen Schulstreik.

In einer persönlichen Audienz bei dem Minister des Innern will der polnische Landtagsabgeordnete Grabski dagegen Beschwerde führen, daß die Landräte der Provinz Posen die Einführung polnischer landwirtschaftlicher Landarbeiter nach denjenigen Domänen verbieten, in denen die polnischen Schullinder gegen den deutschen Religionsunterricht im Streik sich befinden, dagegen die Einführung russischer Arbeiter ohne höhere Genehmigung hierzu einzuholen, gestatten.

Das behördlich versuchte Mittel zum Bruch des Schulstreiks ist originell, das Audienzgerüchen des Abgeordneten läßt einen Schluß darüber zu, ob ihm „agrarisch“ oder „polnisch-national“ höher steht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Abgekauftes Ministerium.

Paris, 11. Februar. (B. T. V.) Das Kabinett, das Kabinett Meier hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, in seiner Gesamtheit zu demissionieren, wird offiziell bestätigt. Morgen wird das Kabinett in der Zweiten Kammer von seinem Rücktritt offiziell Mitteilung machen.

Zur Explosion in Woolwich.

London, 11. Februar. (B. T. V.) Der durch die Explosion im Arsenal von Woolwich angerichtete Schaden wird auf 20 000 Pfund Sterling geschätzt; zweihundert Häuser und Läden wurden beschädigt. (S. Vermischtes.)

Staatsgefährliche Gesinnung.

Warschau, 11. Februar. (B. T. V.) Die Polizeibehörde hat den Redakteur des fortschrittlichen Blattes „Ludzosc“, Czarlinski, des Landes verwiesen.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung. Montag, den 11. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Wanderarbeitsstättengesetzes.

Minister des Innern v. Bethmann: Dieses Gesetz entspricht einer früheren Resolution des Hauses. Einen Anteil der Kosten zu übernehmen, hat die Regierung sich nicht entschließen können, wohl aber ist die Regierung bereit, mittelbar Beiträge zu gewähren. Die Arbeitsstätten sollen grundsätzlich mit den Arbeitsnachweisen verbunden werden, die die Regierung unterstützt. Es war in der schon erwähnten Resolution weiter angeregt worden, Tarifermäßigungen zu gewähren. Der Eisenbahnminister ist zu meiner Freude bereit, darin so weit zu gehen, daß er in eine Herabsetzung bis auf 1 Pfennig pro Person und Kilometer willigen will.

Abg. v. Schmeling (L.) beantragt Verweisung an die durch 7 Mitglieder verstärkte Gemeindefunktion.

Abg. Dr. Schröder-Rassel (natl.) macht Bedenken gegen den Entwurf geltend. In der Resolution des Hauses sei ein gemischtes System vorgesehen gewesen von Wanderarbeitsstätten und Verpflegungslagern, während das Gesetz nur Arbeitsstätten errichten wolle. Früher sei man auch im Hause übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß der Staat ein Drittel der Kosten übernehmen müsse.

Abg. Brütt (fl.) beantragt Ueberweisung an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Minister v. Bethmann-Hollweg: Das Gesetz ist kein sozialpolitisches, es nimmt gar nicht in Aussicht, die Wanderarbeitsfrage zu lösen. Es ist eigentlich nur eine Novelle zur Provinzialordnung, durch welche Provinzen, in welchen solche Wanderarbeitsstätten bestehen, die Möglichkeit gegeben werden soll, auf die ihnen angehörigen Kreise, die sich dieser Einrichtung nicht anschließen wollen, einen Zwang auszuüben.

Abg. Schmedding (Z.) bleibt auf der Tribüne unverständlich. Abg. Graf Wartenstein (kons.) äußert einige Bedenken gegen den Entwurf.

Abg. v. Bodelschwingh (kons.): Liebe Herren! Mein Herz geht in Sprüngen, daß wir soweit gekommen sind! (Seiterkeit.) Ich freue mich, daß der Minister mit dem Gesetz den Beschlüssen des Hauses nichts zugefügt und nichts abgenommen hat mit einer Ausnahme, und da sage ich dem Minister: Das mußt Du mildern. (Seiterkeit.) Nun sieh doch mal, wie es jetzt ist. (Seiterkeit.) Wenn ich so einen armen, elenden Wanderer auf der Landstraße sehe, und er sagt mir: „Du hast mein Unglück mit verschuldet!“, ich kann Euch sagen, die Haare stehen mir zu Berge. (Stürmische Seiterkeit.) Der Redner hat kein einziges Wort mehr auf dem Haupte. Lieber Freund von Berlin (zum Abg. Fischel gewandt), Du sollst nicht denken, daß ich Berlin schlecht mache. Wenn ich aber dem Oberbürgermeister von Berlin gestern gesagt habe, daß er 4252 Menschen auf die Straße gestoßen habe, so habe ich recht. Berlin soll nicht denken, daß es genug, abends etwas besseres Abendbrot und morgens etwas besseres Frühstück zu geben. Rein, damit erreicht man gar nichts! So werden Hunderttausende zu Bettlern und Vagabunden. Lieber Freund Fischel, das muß aufhören! Es handelt sich hier um eine Sache der reinen Menschlichkeit, die uns alle angeht. Sorgen wir für die armen Menschenkinder! (Beifall rechts.)

Abg. Wismann (natl.) meint, es handele sich hier nicht um eine Sache der Gemeinden, sondern des Staates. Deshalb müsse der Staat auch eingreifen.

Abg. Gühling (fr. Sp.): Der Abg. v. Bodelschwingh täte gut, an diese Vorlage etwas mehr mit praktischem Blick als mit gutem Herzen heranzutreten. Den großen Städten ist es sehr schwer, sich der vielen Obdachlosen zu erwehren. Die meisten würden gar nicht in das Obdach kommen, wenn man von ihnen Arbeit verlangte. Es ist auch sehr schwer, für die große Zahl der plötzlich anströmenden Menschen Arbeit zu finden. Wir meinen, daß Kreusen auf den Bundesrat dahin einwirken muß, daß auch andere Bundesstaaten ihre Pflichten auf diesem Gebiete erfüllen. (Beifall links.)

Der Gesetzentwurf geht an eine besondere Kommission. Darauf wird die zweite Beratung des landwirtschaftlichen Etats fortgesetzt.

Abg. Baensch-Schmidlein (fl.) weist auf die eminente Wichtigkeit einer rationellen Aufforstung aller Oedländerereien in Schlesien hin.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Ich bin durchaus bereit, die Aufforstungen, soweit die Mittel reichen, zu unterstützen. Dem Anlauf von Ländereien zur Aufforstung stehe ich sehr sympathisch gegenüber, nur müssen angemessene Preise gefordert werden. Das ist aber gerade in Schlesien fast ausnahmslos nicht der Fall! — Abg. Baensch-Schmidlein (fl.) gibt zu, daß dem Staate hohe Preise abverlangt würden. Der Staat möge sich besser Mittel- personen zum Ankauf bedienen.

Das Haus vertagt die weitere Etatsberatung auf Dienstag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die russische Revolution.

Wahlchancen.

Petersburg, 8. Februar. (Eig. Ber.)

Das große Tagesereignis ist heute das Zustandekommen des Blochs der sozialistischen Parteien in Petersburg. Die Kadetten gingen bekanntlich auf den Vorschlag, von den 8 Petersburger Mandaten 3 den sozialistischen Parteien abzutreten, nicht ein. Daburch war auch das Schicksal eines gemeinsamen Wahlblochs mit den Kadetten entschieden. Es klappte aber auch nicht mit der Wahlvereinbarung der sozialistischen Parteien, so daß zuerst auch der Plan der Bildung einer geschlossenen sozialistischen Phalanx als gescheitert erklärt.

Auf dem äußersten linken Flügel in Petersburg befinden sich gegenwärtig folgende Parteien: 1. Die zwei sozialdemokratischen Fraktionen („Rechtsfraktion“ und „Linksfraktion“); 2. die sozialrevolutionäre Partei; 3. die „Volksozialisten“ (Kardowski); 4. die Arbeitsgruppe.

Die sozialdemokratische „Rechtsfraktion“ will bei den Wahlen vor allem danach streben, daß die Duma sich aus durchweg oppositionellen Elementen zusammensetzt; deshalb betont sie die Notwendigkeit rechtzeitiger breiter angelegter Wahlabsmachungen über gemeinsame Kandidaten mit den „Institutionellen Demokraten“ („Kadetten“) in solchen Wahlbezirken, in denen die Chancen der Reaktion auch nur einigermaßen größere sind. Die „Rechtsfraktion“ steht den „Kadetten“ schroff gegenüber, sie will von Abmachungen mit ihnen im ersten Stadium der Wahlen (Wahl der Wahlmänner) nichts wissen oder läßt diese nur in ganz besonderen Fällen zu. Ihre Haltung gleicht der der Sozialrevolutionäre. Die Gruppe der „Volksozialisten“ und die „Arbeitsgruppe“ hingegen sind für weitergehende Blochbildungen personell-technischer Natur.

Nun möchte die sozialdemokratische „Rechtsfraktion“ die „Volksozialisten“ nicht zu einem revolutionär-sozialistischen Bloch zulassen, da sie ihn in den tatsächlichen Anschauungen nicht bestreimt genug erscheinen. Die Sozialrevolutionäre wollten aber wieder von einem Bloch ohne die „Volksozialisten“ nichts wissen. Diese Hindernisse für die Wahlvereinbarung der proletarischen Linien zu beseitigen, ist nun also gelungen! Die sozialdemokratische „Rechtsfraktion“ hob ihren Vorschlag, betreffend die Ausschließung der „Volksozialisten“, auf, und nunmehr fand gekör-

eine gemeinsame Sitzung der Vertreter aller genannten Gruppen statt, in der nach sechsstündiger Beratung die Konstituierung des Blochs berührt wurde. Bloch die „Rechtsfraktion“ will nur unter gewissen Vorbehalten mit dem Bloch gehen und im Hinblick auf die reaktionäre Gefahr in gewissen Bezirken über die Stimmgabe in den einzelnen Wahlstellen von Fall zu Fall entscheiden.

Der Bloch hat ein ausführendes Bureau gebildet. Die Aufstellung der Wahlmännerlisten in den verschiedenen Bezirken ist bereits im vollen Gange; sie sollen morgen veröffentlicht werden. Die Verteilung der 8 Mandate ist — im Falle eines Sieges der ganzen Blochliste — in folgender Weise vorgezogen: 2 Mandate erhält die Arbeiterkurie, 2 die Sozialdemokratie, 1 die Sozialrevolutionäre, 1 die Volksozialisten.

In später Nacht wurde die Nachricht vom Zustandekommen des revolutionär-sozialistischen Blochs in Petersburg in verschiedenen öffentlichen Versammlungen bekannt, und überall entfesselte sie einen Sturm der Begeisterung. In der Kadettenpresse aber heute — lange Gesichter.

Petersburg, 10. Februar. (B. T. B.) Bis heute sind 4532 Wahlmänner zweiten Grades gewählt; von ihnen sind 1161 Monarchisten, 719 Gemäßigte, 1525 der Linken angehörige, 310 Nationalisten, 314 Parteiloze und 194, deren Parteistellung nicht bekannt ist.

Petersburg, 11. Februar. (B. T. B.) Bei den Wahlmännerwahlen in Kurland wählte der Großgrundbesitz 14 Edelleute. Die von den Bauern gewählten Wahlmänner sind durchweg Besten von 30 und mehr Desjatinen Land, die reformfreundlicher, aber Gegner der Landenteignung sind. Die Arbeiter wählten 2 Sozialdemokraten; die Städte wählten fast nur Fortschrittler. Unter den Wahlmännern sind 14 Deutsche, 4 Juden, 3 Russen, 2 Letten.

Moskau, 11. Februar. (B. T. B.) Die Wahlen in der Stadt Moskau für die Wahlmänner zweiten Grades ergaben einen Sieg für die Kadetten; sämtliche 160 gewählten Wahlmänner gehören der Kadettenpartei an; zu Dumamitgliedern für Moskau sind Fürst Paul Dolgorosow, Professor Kiewitew, Advokat Raskacow und Arbeiter Klatzew in Aussicht genommen.

Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Berlin, den 11. Februar 1907.

Lange vor der angelegten Zeit füllten sich die weiten Räume des Jirkus Unsch. Kurz nach 12 1/2 Uhr mittags eröffnete der Vorsitzende des Bundes Herr v. Wangenheim (Al.-Epien) die Versammlung mit folgenden Worten: Bald ist ein Jahr verfloßen, seitdem die Handelsverträge in Kraft getreten sind. Prophezeien ist ein schlechtes Geschäft. Die Prophezeiungen: die Handelsverträge würden die Auspovertung des deutschen Volkes zur Folge haben, die deutsche Industrie werde auswandern müssen, haben sich als eitel Wind erwiesen. Ein ungeahnter wirtschaftlicher Aufschwung hat sich vollzogen. Die deutsche Industrie befindet sich in ärgster Blüte. Das ist in der Hauptsache den neuen Handelsverträgen zu danken. Glücklicherweise ist auch für die deutsche Landwirtschaft eine bessere Zeit angebrochen. Die Getreide- und Viehpreise sind gestiegen, sodas auch die Landwirte wiederum einen Verdienst an ihren Erzeugnissen haben. Allein infolge der großartigen wirtschaftlichen Konjunktur sind nicht nur die Löhne der Landarbeiter bis fast ins Unersehliche gestiegen, es beginnt auch bereits ein Mangel an Arbeitern auf dem Lande sich in einer Weise fühlbar zu machen, daß wenn das so weiter geht, die Landwirtschaft vor einer argen Krise steht. Die Angriffe der Gegner im vorigen Jahre haben gezeigt, daß wenn wir etwas erreichen wollen, wir uns auf unsere eigene Kraft verlassen müssen.

Unser ganz eigener Dank

gebührt unserem vorläufigem Landwirtschaftsminister v. Podbielski. Dieser hat allen Angriffen mannhaft standgehalten. (Stürmischer Beifall.) Die Gegner im Lande sorgen nicht mit allen möglichen Rathschlägen zur Verbesserung der Landwirtschaft. Die deutschen Landwirte könnten ja einmal den Versuch machen. Herr Stadthagen würde sich z. B. als Schweinemäster vorzüglich eignen. (Stürmische Seiterkeit.) Auf: Den können wir nicht gebrauchen. Der Redner kam alsdann auf die Wahlen zu sprechen: Die Regierung hat nicht umsonst an das nationale Gefühl der Deutschen appelliert. Wenn nur die Liberalen auch einsehen wollten, daß die Landwirte ebenfalls auf einen Platz an der Sonne Anspruch haben. Bedauerlich ist es, daß die Zentrumspartei den größten Feinden des Staates, den Sozialdemokraten, in der Stichwahl zu einigen Reichstagsmitgliedern verholpen hat. (Auf: Phui!) Man darf aber die Zentrumspartei nicht mit dem katholischen Volke im Lande verwechseln. Die deutschen Landwirte haben gezeigt, daß sie sich selbst helfen wollen und daß sie keineswegs in einseitiger Weise agrarische Interessen vertreten. Dies hat auch zur Folge gehabt, daß sich zahlreiche Handwerker und Gewerbetreibende dem Bund der Landwirte angeschlossen haben. Es ist kein Zweifel, der wirtschaftliche Aufschwung hat uns Freunde ringum geschaffen. Aber wenn wir fest zusammenstehen, dann können wir mit Bismarck sagen: Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf dieser Welt. (Stürmischer Beifall.) Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser.

Der zweite Vorsitzende des Bundes, Reichstagsabgeordneter Köfise, wies ebenfalls darauf hin, daß die

Brotd- und Fleischvertuerung nur eine sozialdemokratische Phrase sei. Bei den Wahlen habe sich die deutsche Nation gegen die Sozialdemokratie erklärt. Hoffentlich werde es mit der Vaterlandspartei weiter bergab gehen. (Stürmischer Beifall.) Der Ruf nach einem neuen Kulturkampf muß endlich einmal verstummen; es ist dringend erforderlich, die demokratische Clique aus dem Zentrum zu entfernen. Der Redner teilte im weiteren mit: Eine jetzt verstorbene agrarische Dame, Frau Louise Stropias, habe dem Bund eine große Summe Geldes hinterlassen. Auf Auffordern des Redners erhoben sich die Anwesenden zum Zeichen der Dankbarkeit und der Hochachtung der Geistesgeberin von ihren Plätzen.

Abgeordneter Diederich Oahn, mit stürmischem Beifall empfangen, erstattet danach in seiner Eigenschaft als Bundesdirektor den Geschäftsbericht. Er bemerkte: Es sei sehr eigentümlich, daß heute früh bereits die „Berliner Neuesten Nachrichten“ den Jahresbericht veröffentlicht haben. (Auf: Judenblatt!) Ein Judenblatt sind die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nicht, aber ein Blatt der Großkapitalisten. Es schadet aber nichts, wenigstens erfahren auch die Großkapitalisten etwas von unseren großen Fortschritten. Die Reichstagswahlen sind für die deutschen Landwirte ungemein günstig ausgefallen, obwohl die Zahl der gewählten Mitglieder des Bundes der Landwirte nicht eine überaus große ist. Aber eine sehr große Anzahl Abgeordneter ist gewählt, die mannhaft für die agrarischen Interessen eintreten werden. Wir müssen trotzdem noch fest auf der Warte stehen, denn noch steht der Abschluß des Handelsvertrages mit Amerika bevor, und die Großkapitalisten werden alles aufbieten, um eine ihren Interessen dienende Börsenreform zu schaffen. Wir müssen fest auf der Warte stehen, damit die Interessen der Landwirte nicht dadurch Schaden leiden. Die Reichstagswahlen sind nicht bloß deshalb so günstig ausgefallen, weil Deutschland sich in einem wirtschaftlichen Aufschwung befindet und weil durch die Wahlparole: „Die nationale Ehre ist in Gefahr!“ die große Partei der Reichswähler aufgerüttelt worden ist, sondern — das haben die Stadtjournalisten bisher nicht beachtet — weil die Wahlen im Winter

stattgefunden haben. (Auf: Sehr richtig!) Im Winter haben eben die Landwirte Zeit. (Auf: Sehr richtig!) — Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland.

Abg. Rittergutsbesitzer v. Oldenburg-Janzschau sollte danach über „Heimatspolitik und Kolonialpolitik“ sprechen. Er bemerkte aber: Wenn ich ein sachliches Referat über Heimatspolitik und Kolonialpolitik halten wollte, dann könnte um 8 Uhr abends noch nicht der erste Schimmel in die Manege geführt werden. (Seiterkeit.) Ich habe geglaubt, der Herr Kolonialdirektor Dernburg selbst werde herkommen und über Kolonialpolitik sprechen. (Stürmische Seiterkeit und Beifall.) Eine bessere Gesellschaft kann er nicht finden. (Seiterkeit) und eine zahlreichere Versammlung auch nicht. (Beifall.) Die Sozialdemokraten, die nicht müde werden, über die teuren Schweine zu schimpfen, haben prophezeit: Auf Grund des Zolltarifs werden sich Handelsverträge nicht machen lassen. Die zur Strecke gebrachten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben den Beweis geliefert, daß das teuere Schwein sich gegen die Sozialdemokratie erklärt hat. (Stürmische Seiterkeit.) Die Sozialdemokraten haben sich gegen das Kolonialheer und alles mögliche erklärt, bis sich schließlich das brave Schwein dagegen erhob; denn aus dieser Politik wird kein Schwein flug. (Stürmische Seiterkeit und Beifall.)

Chefredakteur Dr. Dertel (Berlin) sprach danach über „Die endgültige Regelung der deutschen Handelsbeziehungen zum Auslande“. Der Redner bemerkte: Es sei einmal gefragt worden: Wer mit den Deutschen zusammen essen will, der muß einen großen Köffel haben. (Stürmische Seiterkeit.) Jedemfalls müssen wir auf der Hut sein, sonst werden wir schließlich über den Köffel barbiert. Seitdem das Biergetränk hoffähig geworden, müssen wir doppelt auf der Hut sein. Das Recht der Erstgeburt lassen wir uns nicht nehmen. Die deutschen Landwirte lassen sich nicht mehr an die Wand drücken. (Stürmischer Beifall.) Der Niedergang der deutschen Landwirte wäre der Niedergang der deutschen Nation. (Stürmischer Beifall.) Der Redner schloß mit dem Antrage, folgender Erklärung zuzustimmen: Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte erwartet:

- 1. daß 1. an der von den verbündeten Regierungen durch den Staatssekretär des Innern Grafen von Posadowsky-Wehner abgegebenen Erklärung rückhaltlos und unbedingt festgehalten wird, nach der weitere Abschwächungen des deutschen Zolltarifs als ausgeschlossen zu betrachten sind;
- 2. daß 2. jedwede Verhandlung über den Abschluß eines Handelsvertrages nur unter Anerkennung dieses Grundsatzes geführt wird;
- 3. daß 3. hiernach die verbündeten Regierungen, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber abwarten, welche Zugeständnisse diese für die weitere Gewährung der zurzeit provisorisch eingeräumten Vergünstigungen anubieten gewillt sind;
- 4. daß 4. die verbündeten Regierungen, angesichts verschiedener Vermeldungen, die in die Kreise der Landwirte Beunruhigung und Mißtrauen zu tragen geeignet waren, unabweisend ihre Entschlossenheit bekunden, an dem oben bezeichneten Grundsatz unverrückbar festzuhalten.

Landtagsabgeordneter Schrempf-Württemberg teilte mit, daß der Bund in Württemberg immer weitere Fortschritte mache.

Professor Dr. Dinger-Jena wandte sich scharf gegen die liberalen Parteien und die Sozialdemokraten. Diese seien reaktionär, nicht aber die Landwirte, die zum Bund der Landwirte gehören. Der Kulturkampf sei noch lange nicht zu Ende; es sei das nicht der Kulturkampf, der gegen die katholische Kirche geführt würde, sondern ein Kampf der Kultur gegen die Unkultur. Es sei vollständig falsch, wenn man glaube, der sozialdemokratische Drache sei schon tot. Der

Kulturkampf gegen die Sozialdemokratie müsse mit aller Macht weitergeführt werden, wenn auch dieser Drachen schon lange verendet am Boden liege. Gutsherrlicher Reich-Ratsberg-Wagner brachte alsdann ein dreifaches Hoch auf die Vorkämpfer und Führer des Bundes aus.

Bauerngutsbesitzer Rahn (Langluppendorf, Brandenburg) beklagte die große Flucht der Landarbeiter. Er schlug vor: jeder Landarbeiter, der in die Stadt zieht, müsse vor seiner Zulassung in die Stadt eine hohe Kaution erlegen. Nur wenn jeder deutsche Untertan treu zum Kaiser hält, werde Deutschland das schönste Land der Welt werden. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch ein pfälzischer Bauerngutsbesitzer einen Gruß aus der Pfalz gebracht, gelangte der Antrag Dr. Dertel einstimmig zur Annahme. Herr v. Wangenheim brachte „den treuen Kämpfern in Afrika“ ein dreifaches Hoch und schloß um 3 1/2 Uhr die Versammlung.

Aus der Partei.

Ein Opfer der Breslauer Justiz.

Am heutigen 12. Februar feiert Genosse Paul Löbe in Breslau nach einjähriger Gefängnisstrafe, die er in Woblaw verbißte, in die durch die letzten Wahlen geläuterte deutsche „Freiheit“ zurück. Genosse Löbe war das erste Opfer des im Jahre 1905 mit verstärkter Wucht einschendenden Kampfes gegen die Wahlentziehung der Arbeiterschaft in den norddeutschen Einzelstaaten. In Leipzig folgte ihm bald der Genosse Feinig mit 21 Monaten. Löbe hatte in der „Volkswacht“ zum Beginn der Tagung des Reichstagsparlamentes (6. Dezember) einen Aufruf gegen das infame Dreiklassenwahlrecht veröffentlicht und die politische Mündigen zum Kampf gegen die Beherrscher Preußens aufgerufen. Nebenbei erinnerte der Aufruf an die gerade damals hochgehenden Wogen der österreichischen und russischen Wahlrechtskämpfe und zeigte den Arbeitern die großen Gefahren des Junkerregiments in Preußen. Wenige Stunden nach Erscheinen der Nummer wurde sie konfisziert, und bereits nach knapp 14 Tagen — eine seltsame Eile! — erhielt Löbe die Anklageschrift, wonach er mit dem Aufruf eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten (§ 180 des Strafgesetzbuchs) verübt haben sollte! Schon nach knapp weiteren 14 Tagen (!) fand vor der mittlerweile zu europäischer Verühmtheit gelangten zweiten Strafkammer zu Breslau unter Vorsitz des weltbekannten Landgerichtsdirektors Jancke die Hauptverhandlung statt.

Nur der, der dieser Verhandlung beigewohnt hat, der mit eigenem Auge die Art und Weise der Verhandlung beobachtet, kann sich einen Begriff von der spezifisch Breslauer Justiz machen. Wukten doch sogar illustrierte Blätter, die im Verlage des „Vorwärts“ erschienen waren, mußte doch die darin beschriebene Einrichtung Karls I. und des Staatsstreickers Strafford sowie ein Bildnis der Verräter Plehwe und Sergius dazu herhalten, zu „beweisen“, daß — Löbe zu Gewalttätigkeiten haben aufzureizen wollen!!! Daß im Anschluß an den inkriminierten Artikel deutlich auseinandergesetzt war, welches die Kampfmittel und Methoden der Sozialdemokratie sind, daß ausdrücklich in derselben Nummer stand, daß die Partei jedes Gewaltmittel verflümte, — das berücksichtigte die Jancke-Kammer nicht. Und über die eibliche Aufzählung eines Polizeikommissars, wonach Löbe stets gegen Gewaltmittel und in seinen Reden nie aufreizend getowen, ging das Gericht zur Tagesordnung über.

Dagegen übernahm dasselbe Gericht in der Begründung des Urteils, das auf ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung (!) lautete, eine Anzahl Argumente des Staatsanwalts Mayer, wonach „die im Osten glühende rote Loh“ die deutschen Gerichte zwingt,

„dafür zu sorgen, daß der Brand nicht durch aufreizende Agitatoren unser geliebtes Vaterland ergreife“!

Die Junkerpresse wieherte vor Genugtuung über den Schuß, den Breslauer Richter ihr angebeihen ließen. Die konservative „Schlesische Zeitung“ aber, die aus denunziatorischer Absicht den Artikel Löbes abgedruckt, also auch weiterverbreitet hatte, blieb bis zum heutigen Tage vom Staatsanwalt unbehelligt. Freilich, unbehelligt blieben auch alle die Parteiblätter, die Löbes Artikel nachgedruckt hatten. Einzig die Veröffentlichung in der „Volkswacht“ wurde von den Breslauer Richtern als strafbar angesehen.

Und die Wirkung dieses Urteils? Die „Volkswacht“ gewann in wenigen Wochen 4000 neue Abonnenten und hat, seitdem es gefällt, bis heute über 10 000 neue Abonnenten gewonnen! Die Zahl der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins zu Breslau stieg in derselben Zeit um über 4000! Über 2500 neue Kämpfer eroberte die Partei bei den dann folgenden Stadtverordneten- und circa 4000 bei den Reichstagswahlen. Die sämtlichen konfigurierten und später vom Staatsanwalt mit Terpentingemischtem schwarzen gemachten Exemplare der „Volkswacht“ wurden pro Stück mit 10 Pf. verkauft, und die Reproduktionen der geschwärzten Nummer finden noch heute reichenden Absatz, bilden also eine stete Einnahmequelle für die Partei.

Heute nun öffnen sich endlich unsern schwergeprüften Genossen und Kollegen die Kerkerlöcher und wie wir hören, kehrt er in ungeschwächter Kraft und Kampfeslust in unsere Reihen zurück. Die Wunde vernarbt — was aber dauernd bleibt, das ist der unauslöschliche Haß und die glühende Erbitterung der Massen gegen das System, das sie ihm geschlagen.

Ein begnadigter Pressfänger plötzlich aus dem Gefängnis entlassen.

Am Sonnabend vormittag wurde Genosse Kühn, von der „Medienburger Volkszeitung“ zu Rostock, dem bekanntlich in dem aufsehenerregenden Majestätsbeleidigungsprozess der „Med. Volksztg.“ zwei Monate Gefängnis publiziert waren, nachdem das Reichsgericht ein freisprechendes Urteil der Strafkammer aufgehoben und Anwendung des Dolus eventualis empfohlen hatte, entlassen. Einen Monat hat Genosse Kühn abgemaht. Am Sonnabend eröffnete ihm der Staatsanwalt, daß ihm der Rest „auf großherzogliche Verfügung“ erlassen sei.

Zur Forderung der Einberufung einer Pressekonferenz schreibt die „Medienburger Volkszeitung“ zu Rostock:

„Man wird sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklären können. Doch muß Bedingung sein, daß auf jener Konferenz keine stundenlangen Vorträge gehalten werden dürfen.“ Das möchten wir allerdings auch wünschen.

Die Berner Sozialdemokraten veranstalteten am Sonntagmorgen eine Demonstration zug durch die Stadt und hielten eine Protestversammlung gegen den Verweigerungsgesetzentwurf der Berner Regierung ab.

Eine Rede des Genossen Jaurès.

Aus Paris wird vom 11. Februar gemeldet: Jaurès hielt gestern in St. Etienne in der Arbeitsbörse in Gegenwart von circa 7000 Personen eine Rede. Er forderte darin das Proletariat auf, sich den geeinigten Sozialisten anzuschließen. Er bedauerte keineswegs den Austritt Briands aus der Partei, obgleich er sein Werk loben müsse. Schließlich forderte Jaurès auf, die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung auf später zu vertagen, bis das Proletariat seinen Sieg vervollständigt habe.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Staatsaktion in Mannheim.

Aus Mannheim wird vom 11. Februar gemeldet: In der Expedition der „Volkstimme“ beschlagnahmte die Polizei gestern die Karnvalsummer „Schnupftabak“ wegen eines Artikels „Im Zeichen der Fürstenliebe“. Der verantwortliche Redakteur wurde verhaftet. 500 Exemplare wurden beschlagnahmt.

In Mannheim weht seit einiger Zeit ein scharfer Wind gegen die Sozialdemokratie und insbesondere gegen die „Volkstimme“, wie kurz vor dem 25. Januar die Hausdurchsuchung nach dem Original und dem Klischee der in der „Volkstimme“ reproduzierten photographischen Aufnahme einer afrikanischen Dichtungsgedicht zeigte. Sie hat den Sieg der Mannheimer Sozialdemokratie im ersten Wahlgange nicht verhindern können. Wüßte die Beschlagnahme der „Fürstenliebe“ ebenso gute Resultate für unsere badische Partei haben.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Eisenindustrie.

Längst ist der Ohnmacht auf die selbständig regelnden Konkurrenzkräfte der Wirtschaft verflungen. Die Verständigung der Unternehmer auf dem Markte ist zur herrschenden Norm geworden; zum markantesten Zug in der modernen Wirtschaft, hinter dessen Bedeutung selbst der technische Fortschritt, die Verbesserungen des Produktionsprozesses zurücktreten. Nur in solchen Industrien, welche die letzte Hand an das Produkt anlegen, um es fertigzustellen, und in jenen, welche es in den Konsum überführen, herrschen noch vorwiegend Konkurrenzerscheinungen. Sonst überall und in immer stärkerer Form eint sich das Kapital, begründet die Streitigkeit der freien Konkurrenz und ergibt sich einer Harmonie der Profitinteressen, in welche nur als Zwischenakt zeitweilige Konkurrenzepisoden an den einstigen Zustand der Dinge gemahnen.

Und selbst diese werden immer mehr unterdrückt. Wenn die innere Entwicklung der Industrie soweit gediehen ist, daß alle Formen der kapitalistischen Organisation nicht haltbar geworden, dann treten beizeiten andere, gewaltigere Kombinationen auf, schieben sich vor, bereit, in anderer Form, doch mit nälichem Inhalt, das Erbe anzutreten, mit möglichst unvermitteltem Uebergang, schließlich unter gänzlicher Vermeidung des Kampfes den monopolisierten Markt zu übernehmen.

Wenn wir in diesen Tagen von einer an Größe alle deutschen Verhältnisse zurückdrängenden Verkrüftung in der Montanindustrie vernahmen, so hören wir nur die andere Seite jener Nachrichten, die von einem Zerbröckeln des großen Stahlwerksverbandes erzählen. Hier wachsende Schwierigkeiten, vergrößerte Reibungsflächen zwischen den Syndikatsmitgliedern und als Gegenstück dazu der Montanrie!

Die Entwicklung in der Eisenindustrie hat diesmal die Ereignisse ordentlich zum Greifen aneinandergereiht und ihren Sinn enthüllt. In welchem Maße die inneren Gegensätze zwischen reinen und gemischten Werken gewachsen sind, ist aus den darüber beständig, trotz alles geschäftlichen Hochganges umlaufenden Gerüchten zu ersehen. Noch funktioniert der alte Verband unter den Fittigen einer äppigen Geschäftskonjunktur, erblüht ihm vielleicht auch noch das Heil einer kurzfristigen Verlängerung, aber schon melden sich hinter seinem Rücken in einem gigantischen Koloss die Formen, die bereit sind, das Erbe der zerfallenden Organisation zu übernehmen. Heute noch Frondeur im alten Verband, ist er morgen bereits Ursache ähnlicher Gebilde, ähnlicher Zusammenschlüsse auf gleich großer und größerer Grundlage.

Jene Kinder der Krise, von denen es hieß, daß sie unter dem Zwange des Preisdrucks der Konkurrenz entstehen, als „Halbschirme

der Produktion“ notwendig seien, sie sind heute Hochkonjunkturprodukte. Unter steigenden Preisen und Renten treten sie ins Leben mit viel weiteren Perspektiven, als man ihnen einst unterstellte. In allen Formen seines Lebens bezeugt das Kapital heute seinen Drang nach einer ausschließlichen Machtpolitik auf dem Markte, zu dessen Beherrschung es durch den strafften Zusammenschluß immer endgültiger gelangt. Alle Lebensäußerungen der Wirtschaft des heutigen Industriealters ordnen sich diesem Zwecke ein. Zoll- und Handelspolitik dienen am Ende der Erleichterung der Kartell- und Trustbildungen, koloniale Ausbreitungsgebiete sollen zumindestens durch die Vermehrung der Kapitalkräfte diese Tendenzen härten.

Nach sind wir inmitten der unaufhörlichen Neubildungen und sehen in kurzer Zeit eine die andere an Umfang, an Kapitalkraft übertrumpfen. Unbekümmert um politisches Wechselspiel geht die kapitalistische Wirtschaft ihren Gang.

Die großen Fragen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung drängen durch die rastlose Konzentration, deren eine wir jetzt mit erleben, der Lösung entgegen, die Montanindustrie wird zu allererst der privaten Ausnutzung entzogen sein. Die Preispolitik und der Terror der Trusts und Syndikate werden zu allererst und deutlich ihre Unzulänglichkeiten für die Allgemeinheit und für den Produktionskörper klar machen. Diese grundlegendste Industrie der Gesamtheit dienstbar zu machen, wird das Industriemonopol des Privateigentums mit Sicherheit bewirken. Schon vor ein paar Jahren hat ein bürgerlicher Gelehrter das Resultat seiner Forschungen über die gemischten Betriebe in der Eisenindustrie so zusammengefaßt: „Für die Montanindustrie ist die Richtigkeit der Konzentrationslehre von Karl Marx exakt nachgewiesen, jedenfalls in einem Lande, in dem sie, wie bei uns, durch Zölle und Frachttarife geschützt wird. Die Montanindustrie Deutschlands ist reif zur Expropriation.“

Mittlerweile hat die industrielle Konzentration weitere Fortschritte gemacht.

Geschäftsergebnisse. Die Zellulosefabrik Feldmühle in Breslau schlägt für 1906 bei etwas höheren Abkürzungen auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende von wieder 12 Proz. vor. — Die Charlottenburger Wasserwerke schütten eine Dividende von 47 (30+17) Proz. aus. — Der Aufsichtsrat der Bremer Wollkämmerei schlägt 14 Proz. (i. V. 12 Proz.) Dividende vor. — Die Vereinigten Berliner Röhrenwerke wollen für das mit dem 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende 11 Proz. (wie im Vorjahre) herausbringen. — Die Papierfabrik Sebnitz bringt 10 Proz. Dividende (gegen 7 Proz. i. V.) in Vorschlag. — Die Generalversammlung der Aktienspinnerei Aachen setzte die Dividende auf 10 Proz. (im Vorjahre 8 Proz.) fest. — Die Generalversammlung der Aktiengesellschaft Hermann Schoett in Rhndt setzte die Dividende auf 9 Proz. (im Vorjahre 8 Proz.) fest. — Der Aufsichtsrat der Wittener Glashütten-Aktiengesellschaft schlägt für 1906 die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (im Vorjahre 10) vor. — Die Hamburg-Südamerikanische schlägt für 1906 wieder 10 Proz. Dividende vor. — Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Reptun“ bringt für 1906 8 Proz. Dividende in Vorschlag (gegen 6 1/2 Proz. im Vorjahre). — Der Aufsichtsrat der Continental Caoutchouc und Guttapercha-Compagnie in Hannover beschloß für 1906 40 Proz. Dividende (wie im Vorjahre) auf die alten und 20 Proz. auf die jungen Aktien vorzuschlagen. — Die Terrain-Gesellschaft Groß-Lichterfelde schütet 28 Proz. Dividende aus, gegen 11 Proz. im Vorjahre.

Gewerkschaftliches.

Als neuer Scharmacherverband

ist der „Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport- und ähnlichen Gewerben“, Sitz Berlin, gegründet worden. Er erstreckt sich nach § 4 des Statuts „auf die Gewerbe der Personen- und Warenbeförderung, sowie diejenigen Betriebe, welche sich jener Beförderungsarten als Hilfstätigkeit bedienen. Doch können auch andere Unternehmungen, welche Kutscher, Packer, Hausdiener, Boten, Schaffner, Kontrolleure, Wächter oder ähnliches Personal beschäftigen, dem Verbandsangehörig werden.“

Als Zweck des Verbandes wird angegeben, (im besonderen) Streitigkeiten zwischen seinen Mitgliedern und deren Arbeitnehmern über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in friedlicher Weise beizulegen und seinen Mitgliedern bei solchen Streitigkeiten Schutz und Unterstützung zu gewähren.

Die armen, so friedlich gesinnten und bisher schutzlos preisgegebenen Unternehmer raffen sich auf zu einem Zusammenschluß. Wird ihnen etwa der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter gefährlich?

In der Generalversammlung werden die Stimmen nach der Höhe der Lohnbeträge gezählt. Unternehmer, die bis zu 20000 M. zahlen, haben eine Stimme, bis zu 50000 M. zwei Stimmen, bis zu 200000 M. drei Stimmen, bis zu 500000 M. vier Stimmen, bis zu 1 000 000 M. fünf Stimmen, für jede weitere Million drei Stimmen mehr.

Die „Schlichtstätigkeit des Verbandes“ kann auch von Ausschüssen, Vertretungen oder Organisationen von Arbeitnehmern angerufen werden. Dazu tritt eine Schlichtungskommission in Kraft, die „auf das sorgfältigste und nachdrücklichste die Interessen der Verbandsmitglieder zu wahren“ hat.

Die Schlichtungskommission verhandelt nach § 30 des Statuts mit Vertretungen der zu Organisationen verbundene Arbeiterschaft, sobald bei dem betreffenden Betriebe die Mehrheit der Arbeiter einer Arbeiterorganisation angehört oder die Vertretung einer solchen Organisation von der überwiegenden Zahl der Arbeiter des Betriebes als ihre Vertretung anerkannt wird.

Das klingt ganz annehmbar, indem dadurch der leidige Streit, ob die Organisation der Arbeiter anerkannt wird, beigelegt erscheint. Nun soll aber der Beschluß dieser Schlichtungskommission, von der es heißt, daß sie aufs nachdrücklichste die Interessen der Arbeitgeber vertreten muß, für die Arbeiter durchaus verbindlich sein; im andern Falle werden sie auf eine schwarze Liste (nach § 32) gesetzt. Es wird sogar mit einer Generalausperrung (§ 35) gedroht. Der neue Unternehmerverband ist eine Mahnung an die Arbeiter, ihre eigene Organisation zu stärken.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

In der letzten Nummer der „Nachzeitung“ der Tischlermeister ist zu lesen:

„Der sonst so geschwähige „Vorwärts“, der z. B. eine lange, wutschäumende Abhandlung an einen Artikel der „Voss. Ztg.“ wendet, in welchem dieses Blatt eine objektive und nicht im Sinne des Holzarbeiterverbandes gefärbte Betrachtung über den gegenwärtigen Lohnkampf gegeben hat, finden bislang kein Wort über das von uns veröffentlichte Schreiben des Stützpunkter Vorstandes des Holzarbeiterverbandes. — Das läßt in der Tat tief blicken!“

So, so! Also es läßt tief blicken, daß wir es nicht für nötig halten, große Betrachtungen anzustellen über ein Vorstandsjournal, das uns und jedem Kenner der Gewerkschaftsbewegung als etwas ganz Selbstverständliches erscheint, wenn auch die „Nachzeitung“ darüber ein Wesen macht, als hätte sie Wunder was entdekt. Inzwischen wird man ja wohl in der Redaktion der „Nachzeitung“ bemerkt haben, daß wir auch auf ihre Veröffentlichung des Vorstandsjournals eingegangen sind, welches, wenn man es unbefangenen betrachtet, wirklich keinen Anlaß zu dem Jubelgeschrei bietet, das die „Nachzeitung“ deswegen anschwärmt. Die „Nachzeitung“ glaubte aus dem Journal schließen zu können, daß der Verbandsvorstand das Verhalten der Berliner Mitgliedschaft nicht billige, und nun muß die „Nachzeitung“ zu ihrem Leidwesen aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ sehen und auch die Tatsachen beweisen es, daß auf Seiten der Arbeiter vollkommene Einigkeit herrscht in dem Bestreben, den Angriff der Unternehmer mit voller Kraft zurückzuweisen.

Nun noch ein Wort über die „wutschäumende Abhandlung“, die der „geschwähige „Vorwärts“ an einen Artikel der „Voss. Ztg.“ wendet. — Diese „wutschäumende Abhandlung“ war eine allerdings scharfe, aber durchaus sachliche Widerlegung der unwahren Darstellung, welche die „Voss. Ztg.“ über den Kampf in der Holzindustrie brachte. Besonders scharf hatten wir der „Voss. Ztg.“ und ihrem Gewährsmann aus Unternehmerkreisen auf die Finger geklopft, indem wir die Behauptung, die Unternehmer hätten sich bereit erklärt, eine Lohnserhöhung von 5 Proz. und mehr den Arbeitern zu bewilligen, diese hätten aber trotzdem den Kampf herbeigeführt, als eine grobe Lüge bezeichnet. Wir hatten die „Voss. Ztg.“ ausdrücklich aufgefordert, den Beweis für diese Behauptung zu erbringen. Sie kann aber den Vorwurf, in bezug auf einen großen wirtschaftlichen Kampf eine Lüge in die Welt gesetzt zu haben, nicht entziffern.

Auch die sonst so ge — wir wollen nicht den „feinen Ton“ der „Nachzeitung“ anwenden, sagen wir also: Auch die sonst so redselige „Nachzeitung“, die niemals Mut schmeißt, sondern stets von Sanftmut überfließt, ist nicht in stande, die zweifelhafte aus Unternehmerkreisen inspirierte „Voss. Ztg.“ herauszuhalten. — Das läßt in der Tat sehr tief blicken!

Am Sonnabend pflegen selbst unter normalen Verhältnissen immer eine erheblich größere Zahl von Entlassungen vorgenommen zu werden wie an anderen Tagen. Auch während der Aussperrung war in den ersten Wochen der Sonnabend derjenige Tag, wo die Zahl der Ausgesperrten am stärksten in die Höhe ging. Am letzten Sonnabend dagegen sind — nach den am Montag eingegangenen Meldungen — nur 71 Entlassungen erfolgt. Es kann hiernach gar nicht mehr bezweifelt werden, daß der Kampf eine weitere Ausdehnung nicht mehr nimmt.

Die Tarifbewegung der Steinmetzen. Am Sonntag fand im „Englischen Garten“ eine außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung der Filiale Berlin I des Steinmetzenverbandes statt, um Stellung zu nehmen zu der Antwort der Innung auf die Anfang Dezember eingereichten Forderungen. Wie aus dem Bericht, den der Allgötte Buchmann gab, hervorging, hat die Innung wohl ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, aber doch den größten Teil der Forderungen abgelehnt und die übrigen nur teilweise bewilligt. Statt der geforderten 90 Pf. Stundenlohn bietet sie 85 Pf. und zwar nur für die über 20 Jahre alten Schülern; die jüngeren sollen sich mit dem jetzt geltenden Lohn von 80 Pf. begnügen. Statt, wie verlangt wurde, um 5 Uhr, soll um 5 1/2 Uhr Feierabend gemacht werden; die Arbeitszeit auf den Bauten soll sich jedoch nach der der Maurer richten. Darüber hinaus hat die Innungsversammlung nichts bewilligt. Bei den Verhandlungen, die dann zwischen Innungsvorstand und Gesellenauschuß gepflogen wurden, konnte nichts herauskommen, da die Meistervertreter von vornherein erklärten, daß sie nicht ermächtigt seien, weitere Zugeständnisse zu machen. Somit handelte es sich hierbei nur um eine unverbindliche Besprechung. Die Bezahlung des Fahrgebühres nach den Vororten wollten die Meister nur dann als begründet erachten, wenn der Weg nach dem Bauplatz wesentlich weiter ist, als der nach dem Werkplatz des Meisters, und die Regelung der Ortszulage für Arbeiten außerhalb wollten die Meister der freien Vereinbarung überlassen wissen. Mit einer sonderbaren Begründung lehnten sie die Forderung ab, den Arbeitsnachweis paritätisch zu machen; sie meinten, daß dies wegen der Berufsähnlichkeit der Arbeit im Steinmetzberuf nicht gut möglich sei. Als ob nicht in anderen Berufen, wo die Arbeit nach viel verschiedner Art ist, paritätische Arbeitsnachweise beständen! Die Freigabe des 1. Mai, meinten die Meister, gehöre nicht in den Tarif. Auf die Ablehnung dieser Forderung legte die Mehrheit der Versammlung übrigens nicht viel Gewicht, da der 1. Mai sowieso gefeiert wird. Im übrigen beschloß die Versammlung nach einer gründlichen Diskussion, sich mit dem Stundenlohn von 85 Pf. unter der Bedingung zu begnügen, daß er als Einheitslohn auch für die jüngeren Gesellen durchgeführt wird und daß, falls die Maurer denselben Stundenlohn gewinnen, für die Steinmetzen die höhere Forderung Geltung erhält; ferner die Festsetzung des Feierabends auf 5 1/2 Uhr anzunehmen; die anderen Forderungen jedoch aufrecht zu erhalten. Auf dieser Grundlage sollen die Verhandlungen mit den Meistern fortgesetzt werden.

Die Automobilfahrer versammelten sich zahlreich am Sonnabendvormittag in den Armnhallen, um den Bericht von Rettig über den Stand der Aussperrung entgegenzunehmen. Rettig wies darauf hin, was in der letzten Versammlung der Unternehmer von Herrn Kandelhart gesagt worden war, daß es sich nämlich nicht mehr um die Lohnfrage in erster Linie handele, sondern hauptsächlich um eine Frage zwischen den beiden Organisationen. Der Kampf gegen die Organisation der Fahrer ist aber schwerer, als die Unternehmer sich träumen lassen. Das hat schon einmal die Firma Bedag erfahren, die keine organisierten Fahrer anstellen wollte und jeden, der nun eintrat, einen Reders unterzeichnen ließ, nach welchem er sich verpflichten sollte, keiner Organisation anzugehören. Als aber am 28. Dezember v. J. auch die Firma Bedag die neue Lohnordnung einführen wollte, zeigte es sich, daß trotz der erzwungenen Unterschrift Mann für Mann der Organisation angehört. Mit einiger Verwunderung hörte die Versammlung, daß auch Willeh. Bolle den Automobilbesitzern zu Hilfe gekommen ist. Er steht an der Spitze des Zentralverbandes der Arbeitgeber im Transportgewerbe und versucht, den Automobilbesitzern Arbeitswillige zuzuführen. Ein ehemaliger Reichsführer wollte sich für eine verfallene Kaution von 110 M. die Fines von Bolle holen. Dieser Kutscher war Automobilfahrer geworden und Bolle stellte das Ansuchen an ihn, daß er ein Vierteljahr in einem gesperrten Betriebe Stellung nehme. Wenn er sich dazu verpflichten würde, sollte er seine Fines erhalten. Herr Bolle ist als wütender Feind aller Organisationsbestrebungen seiner Kutscher schon mehrmals hervorgetreten und man kann seine Sympathien für gesperrte Betriebe verstehen.

Die Unternehmer haben ihre neuerrichtete Fahrtschule angeheint aus guten Gründen nach dem Charlottenburger Polizeigebiet verlegt. Die Fahrer können dort den polizeilichen Fahrtschein manchmal schon nach drei Tagen erhalten, während in Berlin 8 bis 10 Wochen darüber vergehen. Die Charlottenburger Verkehrsbehörde wurde scharf kritisiert, weil sie einerseits sehr streng gegen die Streikposten vorgeht, und andererseits sich sehr nachsichtig gegen die Unternehmer erweist, worüber die Versammlung ihre Entrüstung unbehohlen kundgab. — In ihrer letzten Versammlung behaupteten die Autofahrer, daß sie sogar schon 80 Wagen fahren lassen. Nach den Feststellungen der Fahrer sind nicht mehr wie 20 Wagen aus den gesperrten Betrieben auf der Straße. Die Organisation ist nicht müde und stets befreit, die Arbeitswilligen aufzuklären und für sich zu gewinnen und hat auch Erfolg damit.

Ein Bedagfahrer besprach unter großer Heiterkeit der Versammelten die Ergebnisse des Oberingenieurs Vorreuter als Automobilistenführer, von diesem in der „A. Z.“ am Mittwoch neulich geschildert. Wie eine Schwalbe keinen Sommer macht, so kann auch

ein Ausnahmestag nicht maßgebend sein für Verhältnisse im allgemeinen. Vorreuter sollte nur einige Wochen das Geschäft fortführen, dann würde er bald erkennen, daß einem guten Tage viel schlechte folgen; außerdem war er im Vorteil durch seine Sprachkenntnisse und andere günstige Umstände.

Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß es nötig sei, das Publikum über die immer wiederkehrenden Anzeigen in bürgerlichen Blättern, nach welchen Chauffeurs gesucht werden, aufzuklären. Diese Anzeigen gehen sämtlich von gesperrten Firmen aus und sind auf Täuschung berechnet. Wer nicht genau orientiert ist, sollte sich Auskunft von den Aussperrten holen.

Am Montag morgen kamen die Aussperrten wieder in den Arminhallen zusammen, weil bekannt geworden war, daß die Unternehmer ein neues Ultimatum an die Fahrer gerichtet hätten, bis Montag, den 11. Februar, die Arbeit aufzunehmen, oder — man mühe eben noch warten. Da derartige Drohungen bisher nichts gebracht hatten, so zog man es vor, sich nicht immer wieder lächerlich zu machen und die Briefe an die Fahrer wurden nicht abgefaßt. — Der nächste „kritische Tag“ soll der 15. Februar sein. Nach der Ansicht der Unternehmer ist aller Widerstand bis dahin gebrochen. — Wer es erlebt, wird es ja sehen.

Ein Gesellschaftsritt.

Der „Verein der Kapitäne und Offiziere der deutschen Handelsmarine“ hatte bekanntlich dadurch das Mißfallen der Reeder erregt, daß sein Vorsitzender auf dem Seemannskongress in Berlin das Vorhandensein einer Reihe von Mißständen auf den Schiffen zugab. Der Kampf der Reeder gegen den Verein wurde fast bis zur völligen Vernichtung desselben geführt. Burett tagt nun in Berlin ein Verbandstag deutscher Seeschifferevereine, der seine Lokalität vor dem Unternehmertum dadurch befandete, daß er den „Verein der Kapitäne und Offiziere“ in nichtöffentlicher Sitzung aus dem Verbands ausschloß. Dagegen stimmte nur ein Stettiner Seeschiffereverein. — Die Vertreter der Hamburg-Amerikaner und des Norddeutschen Lloyd, die dem Verbandstag beizuhören, nahmen diesen Akt der Selbstentmannung sehr gnädig auf.

Der heimtückische Zeitungskobold, der so gern die gelungensten Berlin der Stillsucht unstillbarer Lächerlichkeit ausliefert, hat jüngst von unfernen Feuilletonredakteure einen wohlverdienten satirischen Peitschenhieb erhalten. Als wüßte er, daß ihn der Scherenschnitt aus dem „Gewerkschaftlichen“ dem Feuilletonkollegen denunziert hatte, fürzte er sich nun auf dessen Teil und verquiritte ihm mit ausgefuchter Bosheit gerade die Pointen.

In der Sonnabendnummer macht er in dem Artikel „Der Geldsack über Topp“ aus „der Ständer mit dem Geldsack“ „des Ständes mit dem Geldsack“. Am Sonntag krümmt er sich vor Lachen, weil es ihm gelungen ist, den Rechenkundenkämpfern der Buchdrucker aus dem Jahre 1891 eins auszuwaschen, indem er durch Unterschlagung zweier Worte von ihnen sagt, sie hätten geschworen, „die Unausgefällten zu machen“. Sie sollten nach Absicht des Artikelschreibers geschworen haben, „die Unausgefällten zu solchen zu machen“, zu Sozialdemokraten nämlich!

Offenlich verdammt die Aufhebung seiner Schandlatten den ersten Geist mit seinen schlechten Scherzen wenigstens aus dem ersthaften Gewerkschaftsteil. Ihn ganz aus einer Tageszeitung hinauszuwerfen zu wollen, ist ein aussichtsloses Beginnen. — Also bitte: In's Vermischte!

Deutsches Reich.

Gefehre, haltet den Zugang fern!

In der „Seemanns-Konvention“ findet sich folgendes Inserat, das man uns angetrichen zuschickt:

Am germanischen Museum ist die Stelle eines wissenschaftlichen Hülfarbeiters sofort zu besetzen. Gehalt monatlich 100 Mark. Verlangt wird abgeschlossenes Universitätsstudium in Kunstgeschichte. Gesuche sind an das Museum zu richten.

Rürnberg, 20. Januar 1907.

Germanisches Museum.

Am 25. Januar waren die Reichstagswahlen, bei denen die Intellektuellen sich im Sinne der Herrschenden betätigten. Am Tage darauf wurde dies Inserat geschrieben, in welchem den mit den heutigen Verhältnissen so zufriedenen Gelehrten nach abgeschlossenem Universitätsstudium sage und schreibe 100 M. pro Monat an Gehalt geboten werden. Und im Verger, nicht aus erwachtem Klassenbewußtsein, sendet man das Inserat angetrichen an das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, um bei nächster Gelegenheit wieder — liberal zu stimmen. Der „Vorwärts“ tut natürlich seine Pflicht und ruft: „Gefehre, haltet den Zugang fern!“ — Ob solch ein Ruf aber etwas nützen wird bei einem Menschenmaterial, das vor Ständes dünkelt plagt, Ständes bewußtsein aber vermissen läßt?!

Theater.

Dienstag, 12. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Hoftheater, Kgl. Schauspielhaus, Kamlet, Deutsches, Romeo und Julia, Weisen, Cousin Bobby, Vorking, Der Mikado.

Theater.

Dienstag, 12. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Hoftheater, Kgl. Schauspielhaus, Kamlet, Deutsches, Romeo und Julia, Weisen, Cousin Bobby, Vorking, Der Mikado.

Theater.

Dienstag, 12. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Hoftheater, Kgl. Schauspielhaus, Kamlet, Deutsches, Romeo und Julia, Weisen, Cousin Bobby, Vorking, Der Mikado.

Theater.

Dienstag, 12. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Hoftheater, Kgl. Schauspielhaus, Kamlet, Deutsches, Romeo und Julia, Weisen, Cousin Bobby, Vorking, Der Mikado.

Theater.

Dienstag, 12. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Hoftheater, Kgl. Schauspielhaus, Kamlet, Deutsches, Romeo und Julia, Weisen, Cousin Bobby, Vorking, Der Mikado.

Theater.

Dienstag, 12. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Hoftheater, Kgl. Schauspielhaus, Kamlet, Deutsches, Romeo und Julia, Weisen, Cousin Bobby, Vorking, Der Mikado.

Theater.

Dienstag, 12. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Hoftheater, Kgl. Schauspielhaus, Kamlet, Deutsches, Romeo und Julia, Weisen, Cousin Bobby, Vorking, Der Mikado.

Theater.

Dienstag, 12. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Hoftheater, Kgl. Schauspielhaus, Kamlet, Deutsches, Romeo und Julia, Weisen, Cousin Bobby, Vorking, Der Mikado.

Theater.

Dienstag, 12. Februar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Hoftheater, Kgl. Schauspielhaus, Kamlet, Deutsches, Romeo und Julia, Weisen, Cousin Bobby, Vorking, Der Mikado.

Ausland.

Der Streik von Fougères siegreich beendet.

Paris, 9. Februar. (Eig. Ber.) Die Verhandlungen des Streikkomitees von Fougères mit den Unternehmern sind endlich gestern abend beendet worden, nachdem sie eifrig auf dem Punkt gewesen waren, ergebnislos abgebrochen zu werden. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen. Der neue Tarif bietet den Arbeitern sämtlicher 22 Werkstätten eine mäßige Lohn-erhöhung, das wichtigste Ergebnis des Kampfes aber ist die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation durch das ehemals so selbstherrliche Unternehmertum. Die tapferen Arbeiter von Fougères haben um sie drei Monate lang, zuerst in der Aussperrung, später im Streik kämpfen müssen. Sie danken ihren Sieg ihrem Solidaritätsbewußtsein und ihrer unerschütterlichen Vereinstreue, die furchtbaren Entbehrungen einer so langen Arbeitslosigkeit auf sich zu nehmen, daneben aber auch in hohem Maße der brüderlichen Hilfe des ganzen französischen Proletariats, die sich neben reichlichen Geldspenden besonders in der Aufnahme der Kinder der Streikenden in den Familien kundgegeben hat. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß sich die Staatsbehörden einer redlichen Unparteilichkeit befleißigt haben. Vor einigen Tagen ließ sogar der Führer der „Gelben“, der die Streikenden öffentlich provoziert hatte, die Leuten seines Schlages anderwärts wohl nicht drohende Unannehmlichkeiten zu, in Haft genommen und sogar, infolge seines tätigen Widerstandes, in Ketten abgeführt zu werden!

Der Sieg der Arbeiter von Fougères wird von der ganzen öffentlichen Meinung Frankreichs freudig begrüßt werden. Früchte tragen wird er aber namentlich dem französischen Sozialismus, der jetzt in der schwarzen Bretagne eine begeisterte und disziplinierte, im Kampf gehärtete Streitergarde gewonnen hat. Von besonderer Bedeutung hat sich aber auch im Konflikt von Fougères das Zusammenwirken der Gewerkschaft mit der politischen Partei gezeigt. Die sozialistischen Abgeordneten haben die Aktion der Streikenden im Parlament wirksam unterstützt und am Streikort selbst ihre propagandistische Aufgabe vollumfänglich erfüllt. Diese von den Streikenden trotz mancher demagogischer Einwirkung ohne Einschränkung gewürdigte Tatsache muß aber der unvertilgbaren Klärung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft förderlich werden.

Aus der Frauenbewegung.

Buntes aus dem Wahlkampf.

Bei keiner der bisherigen Reichstagswahlen sind die Genossinnen so stark in den Vordergrund getreten, wie diesmal. Nicht nur waren sie eifrig im Besuch der Versammlungen, auch durch Aufbringung von Geldern und Leistung von Wahlarbeit aller Art zeichneten sie sich aus. Diese rege Beteiligung der Frauen war „fürsorglichen“ Stadtoberschülern und übernehmenden Geschlechtlern ein Greuel. Mit Hinweisung auf die Frauen aus den Volksversammlungen glaubten die schneidigen Beamten die Frauen einschüchtern zu können, fanden aber meist energischen Widerstand. In manchen Versammlungen kam es dann zu geradezu komischen Szenen, z. B.: Auf der Bühne der Beamte, der in ziemlich lautmächtigem Ton vom Vorherrschen der Ausweisung der Frauen forderte; daneben die Referentin, die ruhig weiter spricht und nur ab und zu, unterstützt vom Publikum, den Beamten zur Ruhe verweist. Wahrscheinlich eine Situation, die unwillkürlich zum Lachen reizt.

Und trotz all der Begeisterung und all der geleisteten Arbeit, worin sich die Genossinnen und Genossen überboten, hat uns der Wahlausfall herbe Enttäuschungen gebracht. Den Wählern, die von ihrem Wahlrecht einen solchen Gebrauch machten und entgegen ihrem eigenen Klasseninteresse die vereinigten bürgerlichen Parteien unterstützten, werden gar bald die Augen aufgehen. Und mit welchen Mitteln hat man die Wähler gefodert! Der Zentrumsführer Spahn sagte: „Es geht mit zu den religiösen Pflichten der Geistlichen, sich am Wahlkampf zu beteiligen.“ Ganzel und Weichstahl sind weidlich für die Wahlagitatorien bemüht worden.

Die „Euskirchner Volkszeitung“ veröffentlichte die Mahnung eines Pfarrers an die Frauen. Diefen wurde der Rat gegeben, ihren Männern nicht eher zu essen zu geben, bis sie ihre Wahlpflicht genügt hätten.

In Krefeld und Aachen sind die Können in die Häuser gegangen und haben den Frauen erzählt, daß bei einem Siege der Sozialdemokratie die frommen Schwestern ausgewiesen würden und die Pfarrer Handlangerdienste tun müßten.

Geistliche und Mütter sind von Haus zu Haus gezogen, um den Leuten die schreckliche Gefahr zu schildern, die drohe, wenn ein Roter gewählt würde.

Selbst Schulkinder mußten auf Verzicht der Gefflichkeit Flugblätter verteilen.

In einigen Orten haben die Frauen und Kinder auf Geheiß ihres Beichtvaters den ganzen Tag den Rosenkranz gebetet, um zu verhüten, daß ein Ungläubiger gewählt würde. In Orten, wo das Mandat besonders heiß umstritten war, standen am Tage der Wahl Geistliche neben den Stimmzetteln, um noch in letzter Minute den Wählern sich als mahnendes Gewissen aufzudrängen.

Am Abend der Hauptwahl sind in verschiedenen Orten Frauen auf offener Straße auf die Knie gesunken, um Gott für den Sieg zu danken. Derartig haben die Geistlichen den Fanatismus entfacht.

In einem Zentrumsflugblatt an die Frauen, das in Düsseldorf ausgegeben worden ist, wird behauptet, die Sozialdemokratie wolle die Frau trotz ihrer schwachen Kräfte mit Gewalt in den Christenstumpf hineinstoßen. Daß gerade die frommen Zentrumskapitalisten die größten Liebhaber billiger Frauenarbeit sind, verschweigt man um der heiligen Religion willen.

Für all diese Zentrumslägen und Beschimpfungen muß eine Abrechnung folgen: Die Frauen müssen helfen abrechnen, indem sie auch fernerhin unermüdet für die völkerverfeindende Sozialdemokratie werben und ihre Kinder in sozialistischem Sinne beeinflussen.

Demonstration für das Wahlrecht.

London, 10. Februar. Die hiesigen Frauenrechtlerinnen organisierten gestern eine neue Kundgebung, die freilich von der Witterung ungünstig beeinflusst war. Mehrere tausend Frauen zogen an der Trafalgar-Statue vorüber und begaben sich dann zum Hyde Park. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Rixdorf. Die für den 24. Februar geplante öffentliche Frauenversammlung fällt aus, weil an diesem Tage im „Buschtrug“, Rudowestr. in Reich die Kreisgeneralversammlung stattfindet. Starke Beteiligung an der Generalversammlung wird erwartet.

Lichtenberg. Montag, den 18. Februar, 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“: Generalversammlung, Vortrag, Frau Emma Jäger, Vorstands- und Kassenbericht, Neuwahl des Vorstandes, Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Röpenitz. Die Mitgliederversammlungen finden von jetzt ab am Mittwoch vor dem 1. eines jeden Monats bei Roll statt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist losden das 19. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Ein Kind des Zufalls. — Friedrich Engels und die Naturwissenschaft. Von Dr. Friedrich Adler. — Ursachen und Wirkungen. Betrachtungen zum 25. Januar 1907. Von Adolf Hoffmann (Berlin). — Flugblätter oder Zeitung? Von Emanuel Bäum. — Amerika in anarchistischer Beleuchtung. Von Theresia Schlegel-Pöschel.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Verlagsnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verlag: Großer Vertriebsplan Berlin und seiner Vororte. Preis 3 M. Verlag: A. Rende, Berlin SO. 26.

Witterungsübersicht vom 11. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand um 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerstand um 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Schwetznitz	760,5	SE	3	Schnee	Kaplananda	762,5	SE	4	bedeckt
Darmstadt	759,5	SE	3	Schnee	Petersburg	—	—	—	—
Berlin	759,5	SE	3	Schnee	Seiditz	755,5	SE	4	wolkig
Kranichfeld	759,5	SE	3	Schnee	Alberheim	745,5	SE	2	halb bed.
München	760,5	SE	3	Schnee	Haris	756,5	SE	2	bedeckt
Wien	763,5	SE	3	Schnee	—	—	—	—	

Wetterprognose für Dienstag, den 12. Februar 1907.

Heilmilde Wetter, nachts etwas kälter, aber veränderlich mit leichten Schneefällen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 11. Februar. Elbe bei Magdeburg — Meter, bei Dresden — 1,37 Sp. — Elbe bei Magdeburg + 1,36 Meter, Elbe bei Elstertal — Meter — Oder bei Rathen — Meter. Oder bei Dresden Oberpegel — 0,96 Meter. — Rheinhöhe + 2,45 Meter. Oder bei Deben + 2,84 Meter. —

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) Dienstag, abends 8 Uhr: Der Kaiserjäger. Komödie in 3 Akten v. Hans Brenner und Hans Ostwald.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Jugend.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Im bunten Rock.

Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. 8 Uhr zum 1. Male: Adieu Theresie. Darauf: Sein Bild.

Kleines Theater. Zum 164. Male: Ein idealer Gatte.

Lorzing-Theater. Pallastrasse, 7/8. Dienstag, den 12. Februar, 7 1/2 Uhr: Der Mikado.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Jeden Abend 8 Uhr: Der große Lacherfolg!

Prater-Theater. Kasernen-Allee 7-9. Abends 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen?

Central-Theater. (Operette) 8 Uhr, halbe Preise: Der Zigeunerbaron.

Urania. Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Die Feuergezeiten der Erde.

Luisen-Theater. Reichenbergerstr. 34. Operngastspiel d. Theaters d. Westens: Der Waffenschmied.

Polologlow - Zigaretten sind in Geschmack und Qualität unerreicht! Das Stück 3 bis 10 Pfennige. Ueberall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu.

Polologlow - Zigaretten

sind in Geschmack und Qualität unerreicht!

Das Stück 3 bis 10 Pfennige

Ueberall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu.

DERNHARD ROSE THEATER

Abends 8 Uhr: Die Schule des Lebens.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Frauenstr. 16.

Faust

Apollo Theater

10 Uhr! Täglich! 10 Uhr!

Bernhard Körbitz,

Folies Caprice

Uienstr. 132, an der Friedrichstr.

Kasino-Theater

Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Ledige Leute.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/14
Dienstag, den 12. Februar 1907:
Großes Münchener Bockbierfest
 Baron Muckl's Bauernkapelle
 D'Hollertauer. Elite Tiroler Meistersinger.
 4 Damen, 5 Herren.
 Lina vom Heede, Jodlerkönigin.
Prämierung des größten Dickkopfes!
 Gemessen wird 2 cm über den Ohren. Abnormitäten werden nicht zugelassen.
I. Preis: M. 60,—. II. Preis: M. 40,—.
 Prämierung Punkt 10 1/2 Uhr.

Die Schlager der Saison sind und bleiben doch die beliebten **Münchener Bockbier-FESTE** bei **Buggenhagen** = Moritzplatz =
 Original-Abwechslungen

Zirkus Schumann
 Heute Dienstag, den 12. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr:
 Das anerkannt bühnlichste Programm, sämtliche Spezialitäten und
Mr. Richard Sawades einzig dastehende, wunderbar dreifache gemischte **Raubtier-Gruppe.**
 Um 9 Uhr u. 54. Male: Die diesjähr. gr. Schumannsche Antomime
St. Hubertus.

WINTER GARTEN
Saharet letzte Woche.
Otto Reutter und das neue Programm.

Zirkus Busch.
 Dienstag, den 12. Februar 1907, abends 7 1/2 Uhr.
Gr. Gala-Vorstellung.
 Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der **Engl. Box-Kämpfe** u. a.: **Louis (Amerika)** gegen **Bill Sternberg (Amerika)**.
Neu! Neu! Neu!
Manello - Marantz - Truppe Akrobaten.
The Novello (Juden in Europa).
 Ferner: Weltfamille Vesuffen, Herr Ernst Schumann, Reudress, Herr Marguier, Schützlein.
 Gr. Kavallerie-Duabville.
 Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**
 Gr. Orig.-Kunstausstellung-
 Antomime in 7 Bildern.
 Bei. hervorgeh.: Die Todesfahrt über die zerprengte Brücke.
 Radium-Ballett.
Voranzeige:
 Demnächst: Große internationale Ringkampf-Sonder-Konkurrenz.

Gebr. Herrnfeld-Theater
 Einfach 8 Uhr, Doppelt 7 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
Neuer großer durchschlagender Lach-Erfolg!
Ein verrücktes Hotel
 mit dem Vorpiel:
 „Hayfisch geht zur Jagd“
 Komödie in 3 Akten von Anton u. Donat Herrnfeld
 Saabert. 11-2 Uhr (Theaterkasse)
 Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr d. halben Preisen.
Endlich allein.
 Fall Blumentopt.

Passage-Theater.
 Heute Dienstag, den 12. Februar, zum 6. Male:
Mal was Anderes!
 Voffe von Leop. Els. Josafine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Ernst Koltner.
 Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.

Palast-Theater.
 Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs.
 Sonnabend, 16. Februar, abends 8 Uhr:
Wiederbeginn der Spezialitäten-Vorstellungen
 mit einem **auserlesenen Programm.**

Trianon-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
 Sonntag nachm.: Wo ist der Papa? und Die Schloßkellerei.

Inventur-Extrapreis!
 130 cm breite bunte **Mocket-Plüsch**
 vornehmer haltbarer Möbelstoff
 Gantpersische Blumenmuster
 Inventur-Extrapreis **5 85 pr. Meter**
 Wert **7-8 50**
 Bei Abnahme 575 M. p. Mtr. **ganzer Stücke**
Proben franko.
Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin Süd. Seit 1882
 nur Oranienstr. 158.
 Unterhalte nirgends Filialen!

Sanssouci Stottbuler-
 Straße 4a.
 Direction Wilhelm Reimer.
 Heute Fastnacht-Dienst:
Große Extra-Mit-Vorstellung
 von **Hoffmanns Nordl. Sängern**
 U. a.: **Punsch. Sotrez.**
„La Puce“ Voffe.
 Sonnt. 8. 5. 6. 7. 8. 11.
 Dienst. 19. 2.: Theaterabdt.

Walhalla-Variété-Theater
 Weinbergweg 19/20, Neustadt, Tor.
 Heute abend 8 Uhr:
Extra-Variété-Vorstellung
 (die 15 neuen Spezialitäten)
 mit anschließendem
Fastnacht-Ball.
 Bockbier - Fest im Tunnel.
 Gewöhnliche Preise inkl. Theater,
 Ball und Tunnel.
 Eintritt: Tunnel allein, wie gewöhnl.
• Näheres die Anschlagssäulen.

Colosseum
 Dredenerstraße 97.
 Täglich: **Großer Bockbier-Jubel.**
 Witz! — Gesang! — Humor!
 allerlei Ueberraschungen.

Charlottenburg.
„Freie Volksbühne“.
 I. Abteilung.
 Am Sonntag, den 17. Februar cr., nachm. 3 Uhr, im Schiller-Theater Charlottenburg
Vorstellung.
 Zur Aufführung gelangt:
Wallensteins Lager — Die Piccolomini
 von Friedrich Schiller.
 NB. Der Februarbeitrag muß bis Sonnabend, den 16. Februar, gezahlt sein. 286/10
 Der Vorstand.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
 Anfang Sonntag 8. Sonntag 7 Uhr.
 Reichshallen-Restaurant Bockbier-Fest.

Gustav Behrens Theater,
 Berlin O., Frankfurter Allee 85.
 Das einzig dastehende **Elite-Februar-Programm.**
24 Nummern.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 4 1/2 Uhr.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
 Theater lebender Photographien.
 Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.
 Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Endhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68. Lindenstraße 69.

Ziele und Wege
 Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen
 Unter Mitarbeit von Hugo Lindemann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer und Clara Zetkin herausgegeben von **Adolf Braun**
 Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.

Ueberraschend
 auch bei Husten, Keuchhusten, Gicht, Grippe, Angina, Verschleimung, Asthma und der epi-
Russische Anötetich
 Nur in Paketen mit 60 Stk. in 100 u. 200 Stk. 2.75. Bei Paketen franco überall hin. Die Wirkung wird noch erhöht durch Reichels
Bonbons Pectoral
 aus nur heilkräftigen Arzneistoffen bestehend und seit langen Jahren mit glänzendem Erfolge bewährt.
 1 Pfund 1.20 M., 1/2 Pfund 0.60 Pf.
 Versand hier frei Haus!
Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.

Nur bei geschloss. Bezug ein. Kommiss. von 10 verschied. Waren. Hier geben vollstg. risikolose Beding. aus Fr. u. Gratisprom. an Jedermann mit 6 pct. Extra-Rabatt z. B.
1a Koohzucker Pfd. 0.09
 1a Zucker Pfd. 0.11, 2. Tafelzucker Pfd. 0.05, Schweden-Pack (10 Schacht.) 0.05 usw.
Deutsch. War.-Eink.-Ver. Berlin 47
 Wollgüter-Leipzigstr. 101/102 (Eigentum), Chausseestr. 1a, Oranienstr. 90, Kreuzbergstr. 30 (ab 15/11), Hennemannstr. 129.
 50 Seit stark. Hauptkatalog Preis 0.25 wird bei 1. Komm.-Bezugs zurückverrichtet.

Wer Stoff hat, fert. Herren-Anzug 20 M., ohne Kostum, 2 Fabr., beste Qualität, für guten Sitz nach. Beding. **Ludw. Engel, Prenzlauer Str. 23, II. Alexanderpl. Geogr. 1892.**

Stempel-Fabrik von 35052
Robert Hecht, Berlin S., Oranienstr. 112.
 liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Santidant-Typen „Pestel“
 zum Anmalen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Achtung Hausfrauen!
 Infolge der anhaltenden Preissteigerung der Bestandteile von Margarine (Milch, Speisefette und Oele) sowie infolge der erhöhten Herstellungskosten überhaupt haben die Fabriken der **Margarine-Industrie** notgedrungen dazu übergehen müssen, ihre **Verkaufspreise zu erhöhen**, um die Fabrikate auch fernerhin **in bisheriger Güte** weiterliefern zu können. **Dadurch erhöhen sich naturgemäß auch die Preise im Einzelverkauf.**

Die **Möbel-Fabrik** von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**
 empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240—10 000 M. in nur anerkannt bester Ausführung in jeder Holz- und Eichen- sowie auch Holzeisen- eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. (38162)

Der **Dänische Kapitän-Kautabak**
 ist vom Patentamt gesetzlich geschützt, es ist daher strafbar, andere Tabake unter dem Namen „Kapitän-Kautabak“ zu verpacken.
 Man achte genau auf den in jedem Stück befindlichen Zettel mit der Aufschrift: **39082**
Dänischer Kapitän-Kautabak (gef. gef. 78658).
 Gen.-Beirr.: C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt 7, 3861.
Zu haben in den meisten Zigaretengeschäften.

Victoria-Gepäckrader und Motorgepäckrader
 beste Fahrzeuge für Waarentransporte aller Art.
Victoria-Werke A.G.
 Musterlager
 Alexandrinenstr. 93/94

Neuerscheinungen.
 Die Sozialdemokratie im Lichte der Kultur- und Wirtschaftsentwicklung. Von **Paul Kampffmeyer.** Eine Forderung durch die sozialdemokratische Bewegung und Literatur. Dritte vermehrte Auflage. Preis 50 Pf.
 In besserer Ausstattung 1.20 M.
 Die Grundbedingungen des Wirtschaftens und Wirtschaftens. II. Ein Vortrag, gehalten vor Berliner Arbeitern von **Edward Bernstein.** Preis 20 Pf.
 In besserer Ausstattung 50 Pf.
Sozialdemokratische Philosophie. Eine Kritik von **Josef Dieckmann.** Mit einem Vorwort von E. Dieckmann. Preis 50 Pf.
 In besserer Ausstattung 75 Pf.
Das Ende des Reichs. Deutsch-land und Völkern im Zeitalter der großen Revolution. Von **Karl Löser.** Preis brosch. 4 M., geb. 5 M.
Das persönliche Regiment. Reden und sonstige öffentliche Vorträge von **Wilh. Schröder.** Preis 1 M.

Expedition des Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, 293/4^a Laden.

MUSIK-WERKE aller Art.
 gegen Monatsraten 2 Mk. an. **Bial & Freund, Breslau**

Leihhaus
 Berlin, Kullmerstr. 2
 Charlottenburg, Friedberg-Ring 12.
 Große Beteiligung von Gold-, Silber-, Juwelen u. Kleidungsstücken etc.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den **2. Berliner Reichstagswahlkreis.**
 Am 10. Februar starb plötzlich unser treues Mitglied, der Schlichter **Richard Kelter**
 Bezirk 133, Wangerstr. 57.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 298/13
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Dem Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker **Fritz Baumgärtner** gestorben ist. 112/14
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Allen Kollegen hiermit die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenmeister **Leopold Lehmann** am Sonnabend, den 2. Februar, infolge Herzschwäche sanft entschlafen ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Thomas-Kirchhof, Hermannstraße, statt. 14255b
Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Vaters, unseres guten Bruders, Schwagers und Onkels **Hans Grade** sagen wir allen Teilnehmern, besonders dem Gesangsverein „Olympia“, unsern herzlichsten Dank.
 Im Namen der betrauernden Hinterbliebenen: **14146**
Sophie Grade, geb. Franzenfeld, Uminstraße 27.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Eduard Homann** sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ meinen herzlichsten Dank. **1423b**
Luisa Homann und Kinder.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden sage ich allen Kollegen und Genossen sowie dem Gesangsverein der Vater meinen innigsten Dank.
Hermann Schmidt, 1405b
 Vater.

Dankfagung.
 Für die liebevollen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, unseres guten Vaters, des Schriftsetzers **Paul Rönsch** sagen wir hierdurch allen Verwandten, Freunden, Kollegen, der Geschäftsleitung sowie dem Gesangsverein „Topograph“ für den schönen Gesang unsern herzlichsten Dank. **14191**
Witwe H. Rönsch und Kinder.

Dankfagung.
 Sagen hiermit allen Kollegen, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Firma Simon u. Co. und dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Juchstette Berlin, für die rege Beteiligung und für die Spenden bei der Beerdigung des **Juchstet** **39282**

Wilhelm Koch
 unseren besten Dank.
Die Hinterbliebenen.
Konrad Kramer
 Gastwirt, Großauerstr. 27.

Dankfagung.
 Dem Verband, Kollegen und Freunden für die Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. **1409b**
Wwe. Marianne Mohne
 geb. Dorfomsta.

Dr. Schünemann
 Spezial-Prakt für **35112**
Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten.
 Friedrichstr. 203, Die Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Kranz- und Blumenbinderei
 von **Robert Meyer,**
 nur Mariannen-Straße 2.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Beschreib. v. Ausrüst. u. Prof. grad. **H. Unger,** Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichsstr. 91/92.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Für den 8. Bezirk findet am Mittwoch der Zahlabend beim Genossen Weisheit, Rettelbeckstr. 11, statt.

Wilmerdorf. Am Mittwoch, den 13. Februar, findet der Zahlabend des Wahlvereins statt. Die Genossen werden dringend ersucht, vollständig zu erscheinen. Neben anderem gilt es, die Vorbereitungen zum Stichwahlkampf zu treffen. Der 3. Bezirk tagt nun regelmäßig beim Genossen Selke, Brandenburgischestr. 100.

Schmargendorf. Am Mittwoch, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Bierhaus Schmargendorf, Warnemündenerstr. 6, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Pflicht jedes Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen.

Stralau. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Zahlabend für den 2. Bezirk am Mittwoch, den 13. d. Mts., im Lokale des Herrn Mag. Schmidt, Markgrafendamm 16, stattfindet. Der Vorstand.

Röpenid. Der Zahlabend der Damm-Vorstadt findet am Mittwoch, den 13. Januar, bei Schüler, Hohenzollernplatz, statt.

Friedrichshagen. Die Parteigenossen, die noch im Besitz von Reichstagswahl-Sammellisten sind, werden gebeten, dieselben morgen auf dem Zahlabend, Restaurant Wilhelmshof, Seeplatz 45, an den Vorsitzenden des Wahlvereins zurückzugeben.

Pankow. Am Mittwoch findet Zahlabend statt. Zu demselben sind familiäre Sammellisten an die Bezirksführer abzuführen. Der Vorstand.

Zegel. Genossen! Der Zahlabend findet morgen abends 8 1/2 Uhr in folgenden Lokalen statt: 1. Bezirk und „Freie Scholle“ bei Gehhaar, Berlinerstr. 92; 2. Bezirk bei Schmidt, Schlieperstr. 64; 3. Bezirk bei Galfes, Brunowstr. 4; 4. Bezirk bei Gutlich, Schlieperstr. 61; 5. Bezirk bei Pfeffer, Berlinerstr. 65. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Französisch-Buchholz. Am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet in Räumes Festhale die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die Genossen werden ersucht, pünktlich zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Schulnot in der Schönhauser Vorstadt hat in der vorigen Woche auch ein freisinniger Bezirksverein dieses Stadtteils Stellung genommen. Im Hinblick auf die vielen Mietschulen, die dort bestehen, hat der Verein in einer Resolution erklärt, daß er hierin eine Schädigung der Schuljugend erblickt und baldige Abhilfe erwartet. Wir finden, daß die erwartungsvollen Herren mit ihrer Resolution insgesamt „aus dem Rostopf kommen“. Das Uebel der Mietschulen ist in der Schönhauser Vorstadt so alt, daß der betreffende Bezirksverein schon sehr viel früher allen Anlaß gehabt hätte, ein kräftiges Wort dagegen zu sagen. Zwar hat dieser Verein, wie alle freisinnigen Bezirksvereine Berlins, unter seinen Mitgliedern auch Gemeindefachlehrer. Aber das Interesse der Lehrer und ihrer Gönner wird da meist durch ganz andere Fragen in Anspruch genommen. Die Aufgabe, den Magistrat und die Stadtverordnetenmehrheit auf das Bedenkliche der Mietschulen hinzuweisen, bleibt den sozialdemokratischen Stadiberordneten und dem „Vorwärts“ überlassen. Unsere Genossen im Rathaus und wir selber sind seit langem bemüht, immer wieder zu zeigen, wie dieser Mißstand überhand nimmt. Speziell in der Schönhauser Vorstadt bestehen jetzt in der Weichenburgerstraße, in der Starogardstraße, in der Gelfhemanstraße und in zwei Häusern der Schönhauser Allee fünf Mietschulen, die von zusammen 4500 Kindern besucht werden. Dieser skandalöse Zustand hat sich entwickelt unter den Augen der Bezirksvereinsgrößen, die da draußen zu Hause sind. Es ist ihnen aber nicht eingefallen, heizzeiten und nachdrücklich Einspruch dagegen zu erheben, daß die Kinder der minderbemittelten Bevölkerung in diese unzulänglichen Schulräume hineingepfercht werden.

Für die Wasserholungsstätten vom Roten Kreuz soll die Stadtverordnetenversammlung, nach einem Antrage des Magistrats, pro 1907 eine Beihilfe von 6000 M. bewilligen. Im vorigen Jahre belief sich die aus dem Stadtsäckel gezahlte Beihilfe auf 4000 M. Die Erholungsstätten verpflegten im vorigen Jahre 2996 Erwachsene und 872 Kinder und leisteten im ganzen 148 890 Verpflegungstage. Das Geschäftsjahr hat wieder mit einem Fehlbetrag abgeschlossen, der infolge der herrschenden Lebensmittelteuerung noch höher als sonst ausgefallen ist. Da der Volksheilanstalt vom Roten Kreuz den Fehlbetrag decken muß, so will ihm der Magistrat den Zuschuß der Stadt, wie oben angegeben, erhöhen.

Erweiterung des Fernsprecheretzes.

Der Fernsprecheretz zwischen Berlin und A. den niederländischen Orten: Andelft, Maricum, Moemendaal, Breukelen, Weeden, Wilingen, Oisterwijk, Ravenstein, Rijssen, Lithoorn, Belp, Wijbe, Zwartsluis; B. dem bayerischen Orte Edenloben; C. den Orten des Reichstelegraphengebietes: Widenriede, Bollstedt, Wittstedt (Eichsfeld), Sulowitz (Kr. Schwyz), Catharinenberg, Lachrieden, Diebort (Eichsfeld), Dorna, Eigenrieden, Grammentin, Großleisnau, Großpölschen, Heisterode (Eichsfeld), Hollenbach (Thür.), Hornmar, Steupöschin, Vengesehd (Kr. Rühhausen, Thür.), Ostrowitz (Kr. Lobau, Böhmen), Roschanno, Sartowitz, Struth (Eichsfeld), Wardenburg ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt: 1. im Verkehr mit den Orten unter A je 2 M., 2. im Verkehr mit Edenloben 1,50 M., 3. im Verkehr mit den Orten unter C je 1 M.

Vom Schlachtfelde der Industrie. In dem Betriebe von Hoß, Chausseestraße, hat am Sonnabendabend ein Arbeiter sein Leben lassen müssen. Die meisten Arbeiter hatten schon Feierabend gemacht, als unter allen Umständen eine sogenannte Laufplage, ein Werkzeug, noch weggeschickt werden sollte. Der Expedient soll erklärt haben, er schaffe die Arbeit nicht mehr, worauf sich der Ingenieur Raumann bereit fand, die Arbeit zu machen, wenn er genügend Leute erhalte. Und so geschah es auch. Um die Laufplage von der Galerie nach dem Erdboden zu schaffen, wurde diese an der einen Seite mit Klöben abgefeilt und sollte dann mit einem Hakenzug heruntergelassen werden. Dabei wurde aber nicht mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Last leicht kippen könnte. Und das trat ein. Die schwere Last kippte und stürzte auf den unten stehenden Arbeiter Wurlert, ihn sofort erschlagend. Wäre der Laufstahl, wie es sich gehört hätte, bemerkt worden, so hätte die Arbeit zwar länger gedauert, dafür wäre aber jedenfalls das Unglück vermieden worden.

Die Sache ist um so schlimmer, wenn man bedenkt, daß es noch gar nicht so lange her ist, daß ein gleiches Unglück unter Leitung desselben Herrn Ingenieurs in diesem Betriebe passierte. Es muß geradezu als ein Standal bezeichnet werden, wie in diesem Betriebe mit Arbeiterleben gespielt wird, und wohlgerne in einem Betriebe, der sich mit Herstellung von Hebewerkzeugen beschäftigt, also die nötigen Vorrichtungen alle zur Hand hat.

Die Krone legt aber dem Vorkommnis die Laitsache auf, daß gestern ein Arbeiter entlassen wurde, weil er aus Anlaß des Unglücks die mangelhaften Einrichtungen monierte. Speichellecker brachten die unangenehme Wahrheit an die große Glocke und der Arbeiter flog auf die Straße. Es gibt ja genug Arbeiter für den Toten wie für den unbequemen Wähler.

Ein Unglücksfall ereignete sich am Sonntagnachmittag in der Großen Frankfurterstraße in der Nähe der Kopenstraße. Dort selbst wollte der wohnungslose 35 Jahre alte Arbeiter Hein den Hochdamm überschreiten. S., der die Mittelpromenade entlang ging, stolperte über die Rasenfläche, stürzte über die eiserne Klimpfriedigung und fiel mit dem Kopf gegen die Hinterplattform eines vorbeifahrenden Straßenbahnwagens. Mit einer nicht unerheblichen Kopfverletzung wurde er nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Aus dem Straßenverkehr.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einer Droschke erfolgte vorgestern abend in der Königsgraberstraße. An der Ecke der Rennstraße verjuchte die Droschke 7641 noch kurz vor dem Herannahen des Straßenbahnwagens Nr. 2111 der Linie 14 die Gleise zu kreuzen. Der Motorwagen stieß nun mit solcher Wucht mit der Droschke zusammen, daß diese buchstäblich in vier Stücke getrennt wurde. Auch die einzelnen Teile des Wagens wurden vollständig zertrümmert. Der Kutscher sowie der Fahrgast wurden auf die Straße geschleudert und erlitten Quetschungen.

Ein anderer Zusammenstoß zwischen einem Automobilomnibus und einem Straßenbahnwagen fand Sonntag nachmittag in der Spandauerstraße vor dem Rathaus statt. Der Automobilomnibus Nr. 1354 der Linie 8 geriet beim Umfahren einer Droschke ins Schleudern, und das Hinterrad des Wagens flog gegen die Vorderplattform des in gleicher Richtung fahrenden Straßenbahnwagens Nr. 1380 der Linie 30. Infolge des Zusammenstoßes erlitt der Führer des Straßenbahnwagens eine Verletzung an dem Schienbein und anscheinend leichte Brustquetschungen, der Schaffner des Omnibuses außer einer stark blutenden Verletzung an der Hand eine leichte Gehirnerschütterung. Am Straßenbahnwagen wurde der Vorderperron eingedrückt, am dem Omnibus der Motor beschädigt.

Das „Ueberraschung“ des möblierten Zimmers. Der Kriminalpolizei war es aufgefallen, daß in einem Hause in der Mariannenstraße zahlreiche Frauen und Mädchen verkehrten. Das Ziel der Besucherinnen bildete, wie bald festgestellt wurde, ein möbliertes Zimmer, das von zwei Nixdorfer Bürgerfrauen, ohne Vorwissen ihrer Ehegatten gemietet worden war. Die beiden Frauen wurden unter der Verjährung, sich in zahlreichen Fällen gegen den § 218 des Reichsstrafgesetzbuches vergangen zu haben, verhaftet.

Wegen Arbeitslosigkeit hat in der vorgestrigen Nacht der 35jährige Maurer Julius L., Liebenwalderstr. 48, Selbstmord verübt. Vor etwa zwei Monaten wurde L. beschäftigungslos und alle seine Bemühungen, wieder Arbeit zu erhalten, waren vergeblich. In verzweifelter Stimmung unternahm der Vermisste vor vier Wochen einen Selbstmordversuch. Seine Frau entziff ihm jedoch damals den Revolver und der Schuß drang in die Hand. Vorgestern kam der Lebensmüde zum Ziel. Während der Abwesenheit seiner Ehefrau jagte er sich eine Kugel in die rechte Schläfe und starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Verhungertes Wild. Eine traurige Entdeckung ist in den letzten Tagen in den Forsten der Umgebung Berlins gemacht worden. An zahlreichen Stellen wurde von Förstern und Auswüglern verhungertes Wild aufgefunden. In der Tegeler Heide sind nicht weniger als sieben Rehe elend verhungert. Durch die letzten starken Schneefälle sind die Gräser in den Wäldern vollständig zugedeckt und leider ist es an vielen Stellen übersehen worden, Futterdächer herzurichten. Falls dies nicht nachgeholt wird, dürfte noch viel Wild dem Hungertode sicher sein.

Todessturz von der Treppe. Verhängnisvolle Folgen sollte vorgestern für den 46jährigen Arbeiter Joseph Guß, Höfstr. 4, ein Vordierfest haben. Gemeinsam mit mehreren Arbeitskollegen hatte G. in der Nachbarschaft in einem Lokal einem Vordierfest beigewohnt und ein recht stattliches Quantum Bier zu sich genommen. In angetrunkenem Zustande machte er sich auf den Heimweg und beim Hinaufsteigen der Treppe verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte rücklings ab. Er zog sich einen Schädelbruch zu und starb nach wenigen Minuten.

Unter der Anschulldigung eines schweren Verbrechens ist am Sonntag der 25jährige Barbier Artur R. verhaftet worden. R. hatte bei dem Arbeiter H. in der Grünthalerstraße 62 als Schlafburche gewohnt und ein „Verhältnis“ mit der 14jährigen Tochter des H. angebahnt. Der Unhold scheute sich nicht, das Kind geschlechtlich zu mißbrauchen und vor einigen Tagen mußten die Eltern die furchtbare Entdeckung machen, daß sich ihr Kind in anderen Umständen befand. Es stellte sich dann heraus, daß der Schlafburche das Mädchen verführt hatte. R. versuchte nun die Folgen seiner verbrecherischen Handlungen zu beseitigen. Auch dies kam zu Ohren der Eltern und diese brachten infolgedessen die Sache zur Anzeige. R. wurde daraufhin von einem Kriminalbeamten verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Kindertragödien häufen sich wieder. Kürzlich hatte sich der 11jährige Schüler Paul Wühling das Leben genommen aus Furcht vor einer Kastration. Jetzt wird über einen Selbstmordversuch eines noch jüngeren Lebensmüden berichtet. Der neunjährige Sohn des Kaufmanns L. aus der Brunnenstraße hatte sich ein kleines Bergchen zuschulden kommen lassen und befürchtete, deswegen von den Eltern hart bestraft zu werden. In seiner Verzweiflung entfloß der Knabe heimlich aus der Wohnung und irrte verzweifelt in den Vororten umher. Schließlich gelangte er im Grünwald an und hier beschloß er nun, sich in einem der Seen zu ertränken. Aber vergeblich suchte er nach einer Öffnung im Eise. Während er dabei war, an einer Stelle des Hundeschlensers das Eis aufzubrechen, wurde er von Spaziergängern überrascht und zur Polizei gebracht. Dort gab er an, er habe sich das Leben nehmen wollen.

Wesperrt. Die Koblanstraße, mit Ausnahme des vor den Häusern Nr. 1 bis 4 und Nr. 15 bis 18 gelegenen Teiles, wird behufs Neuregulierung vom 12. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Einen erheblichen Verlust erlitt am Sonnabend ein Schuhmachergeselle, indem er den größten Teil seines Wochenlohnes auf dem Wege von der Hoffstraße, Ecke Rittergasse, nach dem Spittelmarkt in der Zeit zwischen 7,30-8 Uhr verlor. Das Portemonnaie, das denselben barg, enthielt 15 Mark 30 Pfennige. Der eventuelle Finder

wolle seine Adresse Franz Fenzel, Gormannstr. 2 IV bei Mazac mitteilen.

Personen gesucht! Personen, welche gesehen haben, wie am 17. Oktober 1906 das Schaufenster des Schuhmachers M. von einem Automobil des böhmischen Draufkaufes und einem Wädrwagen zertrümmert wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Manthey, Linienstraße 245, einzusenden.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 13. Februar, abends 7 1/2-8 1/2 Uhr veranstaltet der Igl. Musikdirektor Bernh. Jergang in der Sankt Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frä. Elisabeth Souben (Sopran), Frä. Katharina Thoma (Alt) und Herrn Otto Grohmann (Violine). Der Eintritt ist frei.

Feuerwehrbericht. Wegen Wasserrohrbrüche wird jetzt die Feuerwehr sehr häufig alarmiert; es sei deshalb daran erinnert, daß die Wehr in diesen Fällen nur dann Hilfe leistet, wenn eine Gefahr für Leben und Gesundheit oder eine Kollage vorliegt. Gestern früh um 5 Uhr war in der Prenzlauerstraße 90/91 ein Wasserrohr gebrochen. Die Wehr beseitigte die Gefahr. Ein Klagenbrand beschäftigte die Wehr dann in der Korförderstraße 8. In der Chorinerstraße 28 brannten Tische u. a. in einer Schneiderwerkstatt. Kellerbrände mußten in der Schleißerstraße 14, Rhinoverstraße 16/17 und Georgenkirchstraße 37a gelöscht werden. Venzin von einem Automobil brannte in der Calvinstraße 16/17. Ferner hatte die Wehr in der Friedrichstraße 203, Potsdamerstraße, Froben- Ecke Wilowstraße und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein rätselhafter Vorgang beschäftigt zurzeit die Charlottenburger Kriminalpolizei. Vorgestern nachmittag gegen 2 Uhr hielt an der Ecke der Kant- und Schlüterstraße ein Wagen des Gärtnereibesizers Thiem aus Rudow, Rudowstr. 1, dessen Besitzer nicht zugegen war. Da der Wagen den ganzen Nachmittag stehen blieb, so machten Anwohner die Polizei auf den eigenartigen Umstand aufmerksam, und das Gefährt sollte nach der Polizeiwache geschickt werden. Der hiermit beauftragte Säugmann vernahm, als er das Pferd antrieb, aus dem Innern des Kastenwagens ein verdächtiges Schöln. Er ließ sofort die Türen des Kastens öffnen und nun wurde im Innern des Wagens der Besitzer des Fuhrwerks in bestunungslosem Zustande aufgefunden. Der 60 Jahre alte Thiem wurde nach dem Krankenhaus in Befund gebracht. Wie die Ärzte dortselbst feststellten, hatte der Gärtnereibesizer einen Schlaganfall erlitten, doch konnten Spuren äußerer Verletzungen nicht entdeckt werden. Wie Thiem in den Kasten des Wagens gekommen und woher hinter ihm die Tür geschlossen hat, konnte bisher nicht festgestellt werden. Ein Raubanfall ist jedenfalls ausgeschlossen, da Geld und Wertgegenstände dem Bestimmungslösen aufgefunden wurden. Es erscheint aber nicht unmöglich, daß L. das Opfer eines rohen Witzes geworden ist.

Stralau-Rummelsburg.

Zu der Notiz: „Das Opfer eines Ueberfalls“, vom 2. Februar, geht uns von Herrn V. I. eine Berichtigung zu, um deren Aufnahme wir ersucht werden. Wir sehen von einer wörtlichen Wiedergabe derselben ab, da uns dieselbe hierzu nicht verpflichtet. Inhaltlich stellt Herr V. in Abrede, den Kaler F. geschlagen zu haben und bestritten auch, daß F. von ihm noch Lohn zu bekommen habe. Gingen erkläre er, daß er F. Arbeiten übertragen habe, womit ihn derselbe im Stich ließ und dadurch ihm erheblicher Schaden entstanden sei. Von unserem Gewährsmann werden die in der Notiz enthaltenen Mitteilungen voll und ganz aufrecht erhalten.

Lichtenberg.

An Kreissteuern hat die Gemeinde Lichtenberg im Steuerjahre 1906 dem Kreis Niederbarnim 133 764 M. zugeführt. Ihr folgt die Gemeinde Pankow mit 69 839 M., Weizenje mit 83 889 M., Reinickendorf mit 66 697 M. und Voghagen-Rummelsburg mit 65 620 M. Summen für die der Kreis an Gegenleistungen den Vorortsgemeinden gegenüber so gut wie nichts aufzuweisen hat.

Diese Summen sind einbezogen in die von den Gemeinden zu erhebenden Zuschläge zur Gemeindeeinkommensteuer.

Wilmerdorf.

Beim Blechen eines Kessels schwer zu Schaden gekommen ist der 25jährige Dachdecker Otto Meßbein, Berlinerstraße 23 wohnhaft. Auf dem Grundstück Gassenstraße 27 hatte M. mit Hilfe eines Kollegen eine zugereinigte Wasserleitung aufstauen wollen und dabei einen Dampfessel benutzt. Der Kessel explodierte plötzlich mit solcher Gewalt, daß die beiden Leute fortgeschleudert wurden. Dem M. wurde die Anleihe zerquetscht und die linke Brustseite durch herausströmende Dämpfe schwer verbrüht. Der Schwerverletzte fand im Schöneberger Krankenhaus Aufnahme.

Mariendorf und Umgegend.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorstand Bericht über die Tätigkeit im letzten Quartal. Danach haben stattgefunden 6 Volksversammlungen, 3 Mitgliederversammlungen und 10 Vorstandssitzungen. Die Mitgliederzahl ist von 212 auf 252 gestiegen. Diese Zahl entspricht jedoch bei weitem nicht der Stimmzahl, die bei der letzten Wahl für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurde. Der Vorsitzende konnte in seinem Bericht konstatieren, daß die Mitglieder sich an den Wahlarbeiten überaus reger beteiligen haben. Der Kassenbericht umfaßt die letzten drei Quartale, vom April bis Dezember 1906. Danach betrug die Einnahme des zweiten Quartals 426,04 M. Die Ausgabe 34,98 M.; an den Kreis abgeführt wurden 234,02 M., sodas am Ort 57,04 M. verblieben. Die Einnahmen des dritten Quartals betragen 297,39 M. und die Ausgaben 68,76 M.; an die Zentralkasse des Kreises wurden 198,20 M. abgeführt, sodas am Ort 30,37 M. verblieben. Die Einnahmen des 4. Quartals betragen sich auf 491,52 M. und die Ausgaben auf 120,24 M.; an die Zentralkasse wurden 327,68 M. abgeführt, es verblieb ein Bestand von 43,60 M. am Orte. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten betrug, wie dem Expeditionsbericht zu entnehmen ist, im letzten Quartal 1906 992 und ist gestiegen auf 450. Das Vollkommmissionsmitglied teilte mit, daß das Lokal von Striße freigeworden ist. Aus dem Bericht des Bibliothekars ging hervor, daß die Bibliothek nicht in gewünschter Weise von den Genossen in Anspruch genommen wird. In der Diskussion wurde im allgemeinen dem Wünsche Ausdruck gegeben, in den Zahlabenden mehr als bisher für Aufklärung Sorge zu tragen. Im Sommer sollen wieder Familienausflüge nach den Agitationsbezirken unternommen werden. Ein Antrag, für Mariensfeld — das bisher noch Mariendorf angegliedert war — einen selbständigen Wahlverein zu gründen, wurde angenommen und zugleich ein provisorischer Vorstand gewählt. An den Wahlverein Mariensfeld ist nun Lichterode mit angeschlossen. Die Neuwahl des Vorstandes für Mariendorf hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Lehmann II, 2. Vorsitzender Händel, Kassierer Bled, Schriftführer Leipzig, Beisitzer Hannemüller; Revisoren: Lehmann I, Spangberg und Schwager; Vollkommmissions-

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 14. Februar 1907, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal IV.

Tages-Ordnung:

1. Abfertigung der Anstellungsbedingungen.
2. Der Jahresbericht 1906.
3. Wahl des ersten Vorsitzenden und Schriftführers und Bestätigung der Beisitzer zur Verwaltung und Kommissionen.
4. Wahl zweier Revisoren und Erziehung zum Hauptvorstand.
5. Wahl der Rechtschutzkommission und der Disziplinarkommission.
6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Treppengeländerbranche.

Dienstag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Weberstr. 17:

Versammlung

aller in Treppengeländerfabriken beschäftigt. Tischler, Stellmacher, Drechsler, Maschinen-Arbeiter, Polierer, Bildhauer.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Aussperrung. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Jeder in der Branche beschäftigte Kollege ist verpflichtet, zu erscheinen. Die ausgefertigten Kollegen müssen anwesend sein.

Die Kommission.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Bezirksversammlungen:

- | | |
|-----------|--|
| Bezirk 1. | Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Kirschkowsky, Weisstr. 9. |
| " 2. | Freitag, den 15. Februar, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Franke, Reindorf, Eichdornstr. 18. |
| " 3. | Freitag, den 15. Februar, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Rahn, Bornsdorferstr. 8. |
| " 4. | Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Fels, Marktstr. 18. |
| " 5. | Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Rich. Augustin, Oranienstr. 103. |
| " 6. | Freitag, den 15. Februar, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Lopper, Brandstr. 5. |

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 12. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Hoabiter Gesellschaftshause, Viefeststr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Diskussion. 2. Kassenbericht, Bericht der Revisoren und Diskussion. 3. Renwahl des Gesamtvorstandes. 4. Bericht der Kommissionen und Diskussion darüber. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

NB. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 16. März, im Palast-Theater (früher Geoplatz) das **Stiftungsfest** stattfindet. Der Obige.

Verband der Tapezierer. Filiale Berlin.

Dienstag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:

Quartals-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes (Kassenbericht). 2. Diskussion. 3. Renwahl der Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten. Jeder Kollege hat zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Tapezierer.

Dienstag, den 12. Februar 1907, abends 7 Uhr, vor der Verbands-Versammlung

Oeffentliche Versammlung

bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35. Tagesordnung: Wahl von sechs Innungsgerichtsbeisitzern. Der Gehilfen-Ausschuß.

Achtung! Putzer. Achtung!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer. Donnerstag, den 14. Februar, abends 6 Uhr, im Luisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstr. 37:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bekanntgabe des Resultats der Vorstandswahl vom 3. d. M. und Stichwahl für den 1. Vorsitzenden. 2. Erledigung der in letzter Versammlung zurückgestellten Punkte der Tagesordnung. 3. Beratung der in Nr. 6 des „Grundstein“ bekannt gegebenen Anträge zur Statutenänderung auf dem Verbandstage. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die örtliche Verwaltung. J. A. S. Neumann.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake. Spezialität: **Nordhäuser Kautabak** stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3164L* Amt 4, 3014.

Kranken- und Sterbe-Kasse der Tabakarbeiter Berlins (Eingef. Hülfskass. Nr. 68). Mittwoch, den 20. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Reinb, Weinstraße 11: **General-Versammlung** Tagesordnung: 1. Rechnungslegung pro IV. Quartal 1906. 2. Renwahl des gesamten Vorstandes und Ausschusses, sowie der Krankenkassendirektoren. 3. Sonstiges. 187/4 Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich erscheinen zu wollen. Der Vorstand. J. A. S. Neumann.

Wacholder-Extrakt Marke „Medico“ ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Hausmittel mit wunderbarem Erfolge wirkend, speziell gegen Rheumatismus, Gicht, Gichtschmerzen, Migraineschmerzen, Gelbsucht, Nervenleiden, Frauenleiden, Krämpfe, ist schmerzlos auf Haut u. Haare und reinigt das Blut in der vollkommensten Weise. Verwendbar zum Baden, die Hautausschläge zu heilen, darinnen zu baden u. innerlich zu nehmen. In jeder Apotheke zu haben. Preis pro Flasche mit Marke „Medico“ 4 75 Pf., 1.50, u. 2.50 zu beziehen durch **Otto Reichel,** Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4. IV. 4761, 4762, 4763. So in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältlich. Jedw. hier frei Haus Man verlange auf „Medico“ und nehme keinesfalls andere Fälschungen.

Zahnärztliche Klinik Sellenkianstr. 106 L Zahnziehen unentgeltl. Bei künstl. Zähnen, Speg. Kronen- u. Brücken-Plomben etc. werden nur die Auslagen berechnet. 39202* Geöffnet 9-6, Sonntags 9-12 Uhr.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Berlin-Pankow. Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland. **Caramel-Malzbier** Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu. Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsichtige, nährnde Mütter etc. Als Tafelgetränk sehr bevorzugt. Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich. 3466L*

Frauen-Gräbniskasse der Schriftgießergehilfen zu Berlin.

Mittwoch, d. 27. Februar 1907, abends 6 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Kollegen F. Zimmermann, Wälschstr. 2. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht pro 1906. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Wahl der Revisoren. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Möbel-Fabrik „Stern“.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Die diesjährige **General-Versammlung** findet am 3. März 1907, vormittags 9 Uhr, in unserem Geschäftslokal, Marktstr. 18, statt. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Geschäftsjahre 1906. 2. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 3. Bericht des Vorstandes. Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme für die Genossen im Geschäftslokal aus. Der Vorstand. 14205 Kräger. Kornelsh.

Bäckerei-Genossenschaft Rixdori

Eingetr. Genoss. mit beschr. Haftung. Sonntag, den 17. Februar 1907, nachmittags 3 1/2 Uhr, i. Geschäftslok. Rixdorfstr. 25/26: **General-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vorlegung der Bilanz. 2. Geschäftsbericht. 3. Entlastung des Vorstandes. 4. Renwahl für Vorstand und Aufsichtsrat. 5. Verschiedenes. 100/7 Der Vorstand. R. Lehmann.

Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Die in der Generalversammlung vom 14. November 1906 vorgenommenen Änderungen zum Statut haben seitens des Bezirksausschusses durch Beschluß vom 4. Januar ds. J. die erforderliche Genehmigung gefunden. Hiernach gelten gemäß § 1 der Statuten zu den Gastwirten und den der Gastwirtschaft verwandten Gewerben nunmehr auch die Betriebe von Varietés, Spiel- und Kongerzlokalen, soweit dieselben nicht höheren förmlichen Interessen dienen. Gemäß § 12 Abs. 1 kann auf Verlangen des Vorstandes an Stelle der in § 11 der Statuten bezeichneten Unterstützung freie Kur und Verpflegung im Krankenhanse gewährt werden, jedoch bedarf der Antrag des Krankenarztes um Gewährung der Krankenhauspflege in jedem Falle die Genehmigung des Vorstandes. Berlin, 6. Februar 1907. 270/71 Der Vorstand. H. Poppe, G. Braun, Vorsitzender, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Gürtler zu Berlin.

Bekanntmachung.

Die zweite Änderung des Statuts ist vom Bezirksausschuß genehmigt und tritt am Montag, den 18. Februar d. J. in Kraft. Gemäß § 13, 24, 40, § 13. Die Aufwendungen für ähnliche Heilmittel sind erhöht. Das Krankengeld wird auch für die Sonntagstage gezahlt. § 24. Anstatt Wochentage zu lesen „Tage“. § 40. Die Entschädigung des Vorstandes ist neu geregelt. Druckemplare sind im Kassentokal, Wasserstr. 10-11, in Empfang zu nehmen. 1404b Berlin, den 12. Februar 1907. Der Vorstand. G. Reuß, Vorsitzender. M. Zeste, Schriftführer.

Möbelfabrik-Genossenschaft,

(schon im Betriebe, reichlich mit Aufträgen versehen, sucht noch Genossen bei mindestens 500 M. Einzahlung. Gef. Offerten unter Chiffre N. O. 566, Rud. Woffe, Hptstr. 31. 18/15 Morgen Pfländerauktion Weidenweg 19



Sie fahren gut

Dr. Grato's Backpulver

mit Prämiendons. Für 50 davon eine Dose ff. Bielefelder Knusperchen gratis und franko von Stratmann & Meyer, Bielefeld.

Generalvertreter für Berlin: Alfred Hirsch, W. 30, Augsburgerstr. 1. Telephon Amt VI, No. 5737.

Zahn-Klinik G. Anders, Frankfurt Allee 153, 2-8, Sonnt. 9-1. Plomben, künstl. Zähne, schmerzlos Zahnziehen.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 3/5, Spezialarzt für Haut- und Nervenleiden. 10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

Turmstr. 76. **Lachmann & Scholz** Ottostraße 1. Dienstag, 12. Mittwoch, 13. Donnerstag, 14. goben wir **doppelte Rabattmarken.**

